

Der Tabak-Jäger

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Anträge müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pf. für die 6 gespaltene Petitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 12

Sonnabend, den 22. März

1914

Es geht los!

Als Programm der Reaktionäre und Scharfmacher gegen die Gewerkschaften bezeichneten wir die Forderungen: 1. Direkte Ausnahmegesetze; 2. indirekte Ausnahmegesetze (Reibierung des Strafgesetzbuches); 3. einstaatliches Vor gehen im Polizeiverordnungsweg.

Die erste Forderung ist durch Ablehnung des bekannten konservativen Antrages, der die Einbringung eines Ausnahmegesetzes von der Regierung verlangte, vorläufig wieder einmal zurückgewiesen worden.

Die zweite Forderung suchen die Bearbeiter des Strafgesetzbuches in eine den Reaktionären entsprechende Form zu bringen. Über die dritte Forderung ist bereits der praktischen Verwirklichung sehr nahe.

Die "Deutsche Parlamentskorrespondenz" bringt folgende Nachricht:

Zum Schutze der Arbeitswilligen sind die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen angewiesen worden, Polizeiverordnungen zu erlassen, in welchen folgendes bestimmt wird:

Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zu widerhandlungen werden, soweit nicht die im § 88d Biffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches angeordnete Strafe (Geldstrafe bis zu 80 M. oder im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M., im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft."

Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß, wenn die Oberpräsidenten derartige Erweiterung erhalten haben, die nur vom preußischen Ministerium des Innern erfolgt sein kann. Also, die preußische Regierung, deren Ministerpräsident der deutsche Reichskanzler ist, beginnt mit dem Polizeikampf gegen die Gewerkschaften. Damit soll nicht gesagt sein, daß die preußische Polizei bisher nicht den Kampf gegen die Gewerkschaften geführt hätte, oh, das hat sie sogar in reichlichem Maße getan. Über den Polizeikampf nach dem neuesten Programm der Reaktionäre leitet sie jetzt zuerst ein.

Brechen also in Deutschland immer voran!

Indes sind auch die Regierungen in anderen deutschen Bundesstaaten nicht müsig, die Mitteilung des obengenannten Blattes verkündet weiter, daß auch in anderen Bundesstaaten Erwägungen im Gange sind, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Maßnahmen gegen das Streikposten stehen zu treffen. Bald wird demnach der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften auf Grund neuer Verordnungen in neuer Form geführt werden.

Viel Neues wird es dabei kaum geben, denn bisher hat die Hilfe der Polizei den Unternehmern bei Streiks nicht gefehlt, und das Weglagen und die Verhaftungen von Streikposten durch die Polizei ist ja bereits an der Tagesordnung. Über das soll nun in weit schärferer Weise, unter Besetzungsgesetz gestender Gesetze geschehen. Darauf werden sich die Gewerkschaften einrichten müssen.

Die Reher und Scharfmacher gerden sich, als ob sie mit berartigen polizeilichen Maßnahmen nicht befriedigt wären, weil ihr Ziel eben Buchhausgesetze sind. Aber sie stellen sich nur so, um die Polizei zu brutalem Vorgehen anheben zu können. Charakteristisch ist, was die "Deutsche Tageszeitung", das Organ der Agrarier und Lebensmittelwucherer, dazu schreibt: "Dieses Vorgehen", sagt sie, "wird man nur begrüßen können, nur steht zu befürchten, daß man Mittel und Wege finden wird, diese Polizeibroschriften zu umgehen."

O du ahnungsvoller Engell! Freilich werden die Gewerkschaften sich auf die neue Kampfmethode der Polizei einrichten. Wie sie das machen werden, das wird die "Deutsche Tageszeitung" und das gesamte Heppelicher schon sehen, wenn der Kampf alut wird. So viel können wir den Herrschäften schon verraten, daß die Arbeiter sich nicht verblassen lassen werden und die Hände sicher nicht in den Schoß legen. Wenn schon, denn schon! Wollen die Arbeiterseinde den schärfsten Kampf, so sollen sie ihn haben! Wem zuerst der Stein dabei ausgeht, werden wir schon sehen.

Die sozialistengesetzliche Zeit ist doch noch nicht vergessen, nur scheinen die Gewaltpolitiker nichts von ihr gelernt zu haben.

Ein gefährliches Experiment.

Wie uns mitgeteilt wird, planen Gutsbesitzer, kleine Landwirte, Tabakhändler und In-

teressenten der Olden- und Neumark, Pommerns und Mecklenburgs eine Petition an den Reichstag, in der über die bevorzugung der Zigarette gegenüber der Zigarette durch die Besteuerung gegriffen wird, quasi also eine schwerere steuerliche Belastung der Zigarette verlangt wird, wenn auch die Petition dem Reichstag anheimstellt. Mittel und Wege zu finden, die einen "einemal blühenden Landwirtschaftszweig" (den Tabakbau) schützen sollen, gegen die Erdölförderung durch eine Industrie, welche von nationalen, sozialen und sanitären Gesichtspunkten aus gleich bedenkliche Folgen zu zeitigen droht."

Diese Petition, die noch vor gestern dem Reichstag zugehen soll, ist in den angegebenen Kreisen und Bezirken in Umlauf gebracht worden, um möglichst viele Unterschriften zu erzielen. Auch die Tabakarbeiter sollen veranlaßt werden, sie zu unterschreiben.

Vor dieser Unterstützung resp. Unterzeichnung der Petition müssen wir unsere Kollegen und Kolleginnen eindringlich warnen.

Es ist ein äußerst gefährliches Experiment, die Frage der Tabaksteuerung in irgend einer Form neu aufzurollten. Wie bekannt, gibt es Steuerfanatiker, die dauernd auf ein staatliches Tabakmonopol hinarbeiten. Gerade sie suchen ihrem Ziele näher zu kommen, indem sie zunächst auf die Monopolisierung der Zigarettenindustrie ihr Augenmerk richten. Die Aufrollung der Frage einer höheren Besteuerung der Zigarette gäbe ihnen erwünschte Gelegenheit, sofort auf dieses Ziel loszusteuren. Das hat mit den Tabakbauern gedient wäre, werden diese wohl selbst nicht glauben. Es kommt uns überhaupt sehr jederbar vor, daß die Petenten in vollständiger Verkenntnis der Lage von einer stärkeren Belastung der Zigarettenindustrie eine Hebung des inländischen Tabakbaues resp. der Tabakbauern sich versprechen. "Gebranntes Kind scheut das Feuer" — aber die Petenten, soweit sie Tabakbauern sind, wollen die Hand wieder ins Feuer stecken, trotzdem sie zugeben müssen, daß die Tabaksteuerung von 1906 und 1908 ihnen nichts geholfen hat, und obgleich man ihnen vor der Besteuerung vorgaukelt, daß diese gerade dem deutschen Tabakbauer zugute kommen sollte.

Auch eine Verlängerung der Entwicklung der geläufigen Tabakindustrie spricht aus der Petition, die wir noch eingehend besprechen werden. Im Reichstage würde eine gründliche Befreiung der Geläufigkeit der Tabakindustrie und des Tabakbaues selbstverständlich gegenüber der Petition ebenfalls nicht zu umgehen sein.

Unsere Kollegen aber können die Petition schon deshalb nicht unterstützen, weil jede neue höhere Besteuerung von Tabakfabrikaten in ersten Linie die Lohnverhältnisse, also die Lage der Tabakarbeiter ungünstig beeinflußt. Das empfinden sie doch heute noch an ihrem eigenen Leibe nach der Tabaksteuer vom Jahre 1909. Die Wunden, die der Tabakindustrie mit dieser Besteuerung geschlagen wurden, sind heute noch nicht vernarbt. Da ist es doch frevelhaft, ein neues gefährliches Experiment herauszubechern, daß, wenn der Wunsch der Petenten erfüllt würde, in inndestens die Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie trübe.

Ist aber der Stein im Rollen, weiß man nicht, was er noch mit fortsetzt. In richtigem Verständnis ihrer Lage müßten also die Tabakarbeiter Front gegen diese Ansprüche der Petenten machen.

In einer in Schwedt stattgefundenen Interessentensammlung verlangten einzelne Redner zwar die Beseitigung der Steuer auf inländischen Tabak, um dem Tabakbau aufzuhelfen, aber das wurde abgelehnt, weil keine Hoffnung vorhanden sei, daß das Reich diese Einnahmen (circa 11½ Millionen Mark) werde missen wollen. Für die Beseitigung der Steuer auf inländischen Tabak könnten die Arbeiter wohl eintreten, aber für die Erhöhung einer indirekten Steuer nie.

Die Abwendung der Interessen von diesem einzigen richtigen Wege: Beseitigung der Steuer — und die Aufzulösung einer neuen Last auf die Zigarettenindustrie kommt uns überhaupt außerst verdächtig vor. Erreicht man die Beseitigung der Steuer auf den ersten Anhieb nicht, nun, die Höherbelastung der Zigarettenindustrie bringt dem deutschen Tabakbau auch keinen Vorteil. Darüber muß man sich klar sein. In wessen Interesse liegt aber dann die Höherbesteuerung der Zigarettenindustrie? Das ist die Frage, die jeden stupig machen muß!

Vielleicht läuft sich die Sache noch mehr, wenn festgestellt werden kann, wer den Anstoß zu der Petition gegeben hat, wenn sie nicht etwa bloß aus völligem Nichtverständnis der Gesamtlage hervorgegangen ist. Wer über wie und wenn möglich noch eingehender diskutieren werden,

Arbeitslosenversicherung und bürgerliche Nationalökonomie.

Die bürgerlichen Nationalökonomien mögen sich die größte Mühe geben, in Arbeitersachen objektiv zu erscheinen, aus dem Banne kapitalistischer Auffassung können sie nicht heraus. Es ist sehr bezeichnend, wie sie sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung beschäftigen und abzufinden suchen. Jedenfalls würden sie kaum Veranlassung nehmen, die Frage überhaupt zum Gegenstand ihrer Untersuchung zu machen, wenn nicht die organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung praktisch in Angriff genommen hätten.

Nach der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften kann nur völlige Verständnislosigkeit oder böser Wille behaupten, die Arbeitslosenversicherung sei nicht durchführbar. Daß die Gewerkschaften nicht eine Arbeitslosenversicherung einführen können, die allen Ansprüchen genügt, das ergibt sich aus der für sie gebotenen Notwendigkeit, daß sie noch andere Unterstützungsleistungen pflegen und außerdem — was doch ihr Hauptzweck ist — den Kampf um die Verbesserung der Lage der beschäftigten Arbeiter zu führen haben. Für den letzteren Zweck haben sich doch gerade die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, sie wollen ihre Beiträge in erster Linie als Kampfmittel betrachtet wissen.

Die Gewerkschaften haben nicht die Aufgabe, dem Staat und der Gesellschaft die Pflicht abzunehmen, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die der Arbeitslosigkeit verfallen, zu sorgen. Nur die unbeschreibliche Not der Arbeitslosen, die aus der Pflichtvernachlässigung des Staates und der Gesellschaft entsteht, veranlaßte die Gewerkschaften, für ihre Mitglieder im Falle der Arbeitslosigkeit eine Linderung der Not durch Unterstützung herbeizuführen. Aus diesen Anfangen der Arbeitslosenunterstützung leiten sie um so mehr die Berechtigung ab, auf die staatliche Arbeitslosenversicherung zu dringen.

Je brennender die Frage durch dieses gewerkschaftliche Vorgehen geworden, desto mehr müssen sich nun bürgerliche Nationalökonomien mit ihr befassen. Wie sie es tun, dafür liefert wieder einmal einen Beweis, wie der Privatdozent Dr. Kumpmann in der Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für soziale Reform über die Möglichkeit einer Reichsarbeitslosenversicherung Vortrag hielt.

Wie in der "Leipziger Volkszeitung" berichtet wird, erkannte der Redner die Leistungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung an. Es sei eben nicht zu erwarten, daß das von den Gewerkschaften vertretene Genter System in Deutschland eingeführt werde. Man fürchte sich, mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten und sie zu unterstützen. Schon aus Gründen der Staatsicherheit (?) trat der Redner für die Reichsarbeitslosenversicherung ein; mit ihr will er umstürzlerische (?) Ideen entgegenwirken. Bis jetzt sei allerdings die beste Lösung der Frage die Verbindung des Genter Systems mit dem Sparzwang. Den Gewerkschaften sollten aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung geleistet werden, während die unorganisierten Arbeiter die zu sparen gewohnt werden müssen, während der Arbeitslosigkeit zu ihrem Spargewohn Zuschüsse in gleicher Höhe erhalten sollten. Die Kosten einer solchen Versicherung berechnete Herr Kumpmann auf 200 Millionen Mark jährlich, von denen die Unternehmer ungefähr ein Drittel aufzubringen hätten. Diese sozialen Lasten würden der deutschen Volkswirtschaft ebenso wenig schaden, wie die bisherigen. Die Reichsarbeitslosenversicherung müsse schon deshalb gefordert werden, weil die Arbeitslosigkeit keine lokale Angelegenheit sei und den Gemeinden nicht das Risiko auferlegt werden könnte.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland berechnete der Redner auf durchschnittlich zwei bis drei Prozent, also 500 000 bis 600 000 Arbeitslose. Vielfach sei die Arbeitslosigkeit von längerer Dauer, was ihren gefährlichen Charakter beträchtlich vermindere. Auch unterschied er zwischen verschuldeten und unverschuldeten Arbeitslosigkeit; die erstere nannte er die subjektive, die letztere die objektive. Gegenstand der Versicherung könne aber die letztere sein, das heißt solche Arbeiter, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit erhalten. Damit die Arbeitslosen leichter Arbeit finden, müsse die Arbeitsvermittlung besser organisiert werden.

Das beste an diesen Ausführungen des Redners ist, wie man sieht, daß er für die Reichsarbeitslosenversicherung eintritt, wie es die Gewerkschaften seit langem auch tun. Sonst begegnen wir aber nur Gemeinplätzen, die erst recht verständlich werden durch die Ausführungen des Redners über die Ursache der Arbeitslosigkeit. Das zeigt sich der kapitalistische Verderb der bürgerlichen Na-

fionalökonomie. Ursache der unverschuldeten Arbeitslosigkeit sei die Unmöglichkeit, vorhandene Arbeit zu finden und der Mangel an Arbeit.

Für den ersten Fall verlangt er darum bessere Arbeitsvermittlung. Aber für den Mangel an Arbeit stand der Redner keine Erklärung, die als eine nationalökonomische Lösung angesehen werden könnte. Wie es scheint, hat er sich auch gar nicht ernstlich um eine solche Lösung bemüht, denn er brachte es fertig, die Arbeitslosigkeit als eine für den Kapitalismus notwendige Erscheinung zu bezeichnen. Er sagte: "Ein gewisser Vorrat an Arbeitslosen ist natürlich und vielleicht notwendig. Es muß eine gewisse Reservearmee der Arbeitslosen vorhanden sein, damit diese in Zeiten der Hochkonjunktur hinzugezogen werden kann. Ein gewisser Stand von Arbeitslosen wirkt als Buffer der Konjunktur."

Das ganze Elend der bürgerlichen Nationalökonomie, die sich so in den Dienst des Kapitalismus stellt, spricht aus diesen unglaublich unwissenschaftlichen Sätzen. Keine Untersuchung der Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß. Einmal weil die bodenlose Ausbeutung der Arbeiter verhindert, daß durch stärkere Kaufkraft der Arbeiter Waren in erhöhtem Maße Absatz finden, also auch verhindert, daß mehr Stetigkeit der Konjunktur erzielt wird. Das andere Mal, daß die Profitgier in der Zeit der Hochkonjunktur wild drauf los produziert und ungeheure Stapellager schafft, die eben wegen der durch Ausbeutung tief gehaltenen Kaufkraft der Arbeiter entstehen und sich vergrößern müssen, so daß endlich die Stockung im Absatz der Waren resp. die Einschränkung der Produktion die Krise und mit ihr die verstärkte Arbeitslosigkeit eintritt.

Kein Wort also über die wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit, dafür aber eine Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaft, die für einen Vorrat von Arbeitslosen sorgt, der "notwendig" ist. Notwendig nicht bloß, daß dieser Vorrat an Arbeitskraft in Zeiten der Hochkonjunktur zur Ausbeutung herangezogen werden kann, um mehr Profit zu erzielen, sondern auch, daß dieser Vorrat an Arbeitslosen überhaupt dazu benutzt werden kann, die Löhne tief zu halten oder gar herabzudrücken, also um wiederum mehr Profit für den Ausbeuter zu erzielen.

Wenn ein Privatdozent über die Frage der Arbeitslosigkeit doziert und so den Ursachen der Arbeitslosigkeit aus dem Wege geht, die Arbeitslosigkeit dagegen für eine natürlich notwendige Erscheinung erklärt, der vermag natürlich auch keine gründliche Lösung der Arbeitslosenversicherung zu finden. Er würde sonst gegen den Kapitalismus zu Hände ziehen müssen. Das kann man von einem bürgerlichen Nationalökonomen, der die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaft verteidigen muß, nicht verlangen.

Über seine ganze Doziererei über das Problem der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenversicherung geht damit auch jedes wissenschaftlichen Wertes verlustig. Die Arbeiter sind nun schon an solche nationalökonomische Wertesideen bürgerlicher Gelehrter gewöhnt, sie gehen daher, weil sie den Dingen tiefer auf den Grund gehen, ihre eigenen Wege. Und das ist gut so.

Reichstagsbrief.

Die deutsche Kolonialpolitik mußte im Reichstag keiner passieren, als der Staat des Staatssekretärs der Kolonien zur Beratung stand. Im Laufe der Beratung wurde besonders um eine Bahn gestritten, die nach dem Kuanza-Gebiet geführt werden soll, um dieses Gebiet unter deutsche Verwaltung zu bringen, und es höherer Kultur zu erschließen". Seit den Herero-Aufständen ist kein Kolonialkrieg so in drohende Nähe gerückt, wie mit dem Bau dieser Bahn.

Von den sozialdemokratischen Rednern Dietmann, Henke, Rosse und Ledebour wurde dies durch sachgemäße Darstellung der Eingeborenen- und Landesverhältnisse zur zwingenden Annahme gemacht, denn die imperialistisch-kapitalistische Kolonialisierung unerflossener Ländergebiete wird nur zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung unternommen, der Land und Leute unterjocht werden. Diese brutale Methode führte zu den Herero-Aufständen, die mit der beinahe vollzogenen Ausrottung der Herero endeten, sie wird gleiche Folgen im Ruanda-Gebiet haben. Gegen diesen Völkermord und gegen die kapitalistische Unterdrückung der Eingeborenen richtete sich die scharfe Kritik der genannten Redner; die "Kulturbahn" ist nur eine Kulisse für kommende Greuel.

Der Staatssekretär Dr. Solz suchte zwar durch Schmälerereien diese Kritik zu entkräften, aber bei den Kommissionsverhandlungen hatte sich der Herr selbst in Widersprüche vertraut, die ihm Ledebour drastisch antrieben. Außerdem ist durch eine Petition jetzt noch bekannt geworden, in welch brutaler Weise in der fortgeschrittenen deutsch-afrikanischen Kolonie Kamerun die Dualo-Meute enteignet, aus ihren Wohnplätzen in ungewöhnliche Niederungen geworfen, überhaupt in ungesetzlicher und unmenschlicher Weise behandelt werden. Da wird es dem Staatssekretär nicht gelingen, die amüsante Kolonialpolitik als eine humane, der Zivilisation entsprechende zu bezeichnen. Verschämt man schon in Kamerun so mit den Dualo, wird man mit den Ruanda im Hinterlande Deutsch-Ostafrikas noch viel weniger Umstände machen. Ist einmal die Bahn da, dann beginnt der Kapitalismus seine Räubereien und die Staatsgewalt wird nicht für die Eingeborenen, sondern gegen sie Einstellung nehmen zugunsten des Kapitalismus. Aufruhr und Riebverzehrung der Eingeborenen ist dann die endliche Folge. Einer solchen Politik stellten die sozialdemokratischen Redner schärfsten Kampf in Aussicht.

Die Anwälte des Kapitalismus dagegen traten mit der bekannten Unverschämtheit vor den Reichstag, und isolierten von Austrerrungskräften, denen die Regierung durch Vandaub und Zwangsarbeit teilhaftig werden sollten. Natürlich forderten sie im Interesse des Kapitalismus die Bahn, die obendrein die Opfer derartiger Kolonialisierung, die bedrohten Eingeborenen, bauen lassen sollen.

In der Budgetkommission hatten die sozialdemokratischen Vertreter eine Reihe von Bedingungen gestellt, die bei dem Bahnbau resp. bei der Errichtung des Gebietes innegehalten werden sollten. Keine Enteignung, keine Zwangsarbeit der Eingeborenen, Minimallöhne, weitgehende Arbeitsordnung, die dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden muß usw., das waren diese Bedingungen, die von Regierung und bürgerlichen Parteien höchstens abgelehnt wurden. Unter solchen Umständen steht es fest für jeden, der etwas von den Dingen versteht, daß genau wie früher die Eingeborenen als Freiwillig für den Kapitalismus angesehen werden. Daher lehnt die sozialdemokratische Fraktion diese Kolonialpolitik rundweg ab.

Auch die Zustände in den übrigen Kolonien wurden unter die Lupe genommen, dabei wurde festgestellt, daß die Verwaltung der Kolonien weniger zivilisierend als brutalisch ist. Die Verhandlungen über einzelne Gebiete werden in nächster Woche fortgesetzt.

Eine Prahlerei, als ob man bei Wohnungsnötern ernstlich zu Leibe wolle, ist der Gesetzesentwurf, betreffend "Bürgschaften des Reichs zum Bau für Kleinvorhöfe". Dabei handelt es sich um Genossenschaften, die nur Wohnungen für Reichsbahnamt bauen wollen. Genosse Göhr verlangte solche Bürgschaften für alle gemeinnützigen Baugenossenschaften, damit ernstlich der Wohnungsnöter entgegentreten werden könne. Doch geht die Regierung darauf nicht ein; Beweis genug, wie man sich um die Lösung der Wohnungsfrage herumdrückt.

Dann wurde das Duell beruhigt, das, wie Genosse Landsberg ausführte, schematisch dem Automobilgesetz nachgebildet sei und verbessert werden müsse. Genosse Wendler wollte besonders bessere Vorschriften zum Schutz der Steuerleute, Maschinisten und der übrigen Lüftmannschaften.

Am Ende der Woche kam die Interpellation des Zentrums über die Duellfrage zur Verhandlung. Anloß dazu gab ein Duell zwischen zwei Leutnants in Mecklenburg, wobei der Bekleidete getötet wurde. Der Abgeordnete Gröber (Zentrum) begründete eingehend die Interpellation, wies auf mehrere Fälle des Duellwahnsinns hin und geißelte die verschrobenen Ehrebegriffe in den sogenannten höheren Kreisen. Jedes Duell sei eine schwerwiegende Mißachtung der öffentlichen Rechtsordnung. Redner stellte die Forderung an die Regierung, mit dem Reichstag gemeinsam für die Beseitigung des Duells zu wirken.

Der preußische Kriegsminister v. Gallaixhausen beantwortete die Interpellation mit einem Gieranz um die gestellten Fragen und Forderungen. Gwar sagte er, der Fordernde wisse ganz genau, daß er wider gottliches und menschliches Recht verstöhe, aber er gab daneben eine Definition des Ehrebegriffs in Offizierskreisen, die diesen Verstoß gegen das Recht entschuldigte.

Die Genossen Haase und Wendel antworteten darauf dem Kriegsminister mit schweren Vorwürfen gegen die Regierung, die die Pflicht der Offiziere zur Ungehorsamkeit etabliere. Ueber Religion, Gesetz und Recht werde das gestellt, was die höheren Kreise für ihre Sitten halten. Mit zähnder Satire schuberte Genosse Wendel die Gewissensqualen in den "besseren" Kreisen, und verhöhnte den Nationalliberalen v. an Callen, der für das Duell Entschuldigungen gefunden hatte. — Die Frage wird konkretre Beantwortung finden, wenn die Duellkommission ihre Anträge dem Reichstag unterbreiten wird.

Rundschau.

Junkersche Sozialpolitik. Das Organ der Junker, die sich an der Staatskruppe mästen, die "Kreuz-Zeitung", entdeckt einen bedenklichen Missbrauch öffentlicher Mittel. Diese, die doch von Gottes und Rechts wegen dazu da sind, daß sie in irgend einer Form in die unergründlichen Taschen der "Mäzgebenden" fließen sollen, werden, allerdings nicht im Staat, aber doch in den Gemeinden zu einem allerdingen kleinen Teil sozialen Zwecken nutzbar gemacht. Mit diesem Unzug muß aufgeräumt werden, und so sagt die "Kreuz-Zeitung":

Nicht ohne Grund hat der freikonservative Abg. Bredt auf das Bedenklische der Neigung der Gemeinden zur Erweiterung ihres Aufgabenkreises, namentlich in sozialpolitischer Hinsicht hingewiesen. Er ist darüber mit dem Abg. Cassel wegen der Frischstücksverteilung an Schulkinder in Berlin in eine Meinungsverschiedenheit geraten. Dieser meinte, die 200 000 M. die das koste, spielen bei dem Berliner Staat von 409 Millionen Mark keine Rolle. Nun, das ist der Bruttoetat! Es ist dem Abg. Bredt wohl auch mehr auf das Prinzip angekommen, daß durch solche Maßnahmen dem einzelnen die wirtschaftliche Verantwortung für sich oder seine Familie abgenommen wird. In dieser Linie aber bewegt sich ja noch vieles andere in Berlin und anderen Gemeinden.

Wir erinnern an die Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 300 000 M. an die Arbeitslosenversicherung, die andere Gemeinden einführt haben. Den Armeniat Berlin's von rund 19 Millionen wird auch der Abg. Cassel nicht als eine Bagatelle hinstellen. Er würde diese Höhe nicht erreichen, wenn er sich auf das unbedingt Notwendige der Armenpflege beschränkte. Aber auf sein Konto fallen doch auch Einrichtungen, wie das Asyl für Obdachlose, denen das gleiche Bedenken wie der Arbeitslosenunterstützung entgegensteht, daß sie dem einzelnen das Risiko des großstädtischen Aufenthalts zu Lasten der Gesamtheit mehr oder weniger abnehmen usw.

Christlich, nicht wahr! Hungernende Schulkinder — was brauchen die Frühstück? Arbeitslose — was brauchen die Unterstützung? Obdachlose — was brauchen die eine Unterkunft? Man transportiere sie, nötigenfalls in Ketten, auf die Güter der Junker- und Lasse sie Slavendienste leisten, Kinder wie Greise!

Nieder mit der Sozialpolitik. Im preußischen Abgeordnetenhaus gab es eine sozialpolitische Debatte, die

ein besonderes Interesse hat durch die Fortsetzung der bürgerlichen Mehrheit nach Einschränkung der Sozialpolitik. Handelsminister Shodom befahl Vorwürfe, daß die Gewerbeinspectoren polizeiliche Befugnisse erhalten haben. Ist die Gewerbeinspectio trop ihrer doch reichlich unternehmerfreundlichen Handlung dem Ausbeuterum ohnehin schon unangenehm, so natürlich in noch höherem Grade, wenn die Gewerbeinspectoren polizeiliche Befugnisse erhalten, also zwingende Anordnungen treffen können. Handelsminister Shodom mußte zu seiner Rechtfertigung eine lange Rede reden, in der er sogar darauf hinweist, daß mit der Verleihung polizeilicher Rechte den Gewerbeinspectoren nur zugestanden wird, was ihnen von Gesetzes wegen gestattet. Die Gewerbeordnung bestimmt nicht, daß die Regelung der Kompetenzen zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Polizei der Landespolizei überlassen werde; das Reichsgesetz habe vielmehr die betreffende Tätigkeit besonderen Beamten übertragen. Dem entgegen hätte die Union gegen die Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1892 bestimmt, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten von dem Rechte, polizeiliche Festsetzungen zu treffen, keinen Gebrauch machen sollen. „Es ist ihnen also hier die Ausübung eines durch das Gesetz für sie vorgesehenen Rechts untersagt worden“, meinte Herr Shodom wörtlich. Trotzdem forderten die Junker und ihr Dreiklassentrotz Einschränkung der Befugnisse und eine „gelindere Handhabung“ der sozialpolitischen Bestimmungen. Das heißt, die Reaktion will keine Sozialpolitik. Solweit sie aber nur einmal da ist, soll sie nach Möglichkeit unwirksam gemacht werden. Bei den Wahlen aber verspricht man den Arbeitern goldene Berge.

Ein amtliche Arbeitslosenzählung wurde dieser Tage in Nürnberg vorgenommen. Sie ergab 3983 Arbeitslose, wovon 477 weibliche. Daß die Lage des Arbeitsmarktes sich gegen das Vorjahr nicht verbessert, geht daraus hervor, daß bei der amtlichen Zählung vom Januar 1913 nur 2421 Arbeitslose gezählt wurden. Die obigen Zahlen geben noch nicht ein vollständiges Bild der schlechten Geschäftslage, da eine Anzahl der großen Betriebe, wie die Maschinenbau-Aktiengesellschaft, die Siemens-Schuckertwerke usw. mit bedeutender Verkürzung arbeiten lassen. Sie tun das nicht aus Rücksicht auf die Arbeiter, sondern im eigenen Interesse, damit die geschulten Kräfte sich nicht zerstreuen. Bei der diesmaligen Zählung wurde eine Neuerung in der Richtung eingeführt, daß auch die mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten gezählt wurden. Dabei wurden 4516 „Kurzarbeiter“, darunter 938 weibliche, festgestellt. Angesichts dieses Arbeitslosenelends ist die freimaurige Rathaus herrschaft hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung und Unterstützung noch nicht über die seit Jahren währenden „Erwägungen“ hinausgekommen.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Der Gemeinderat von Gera stellte 10 000 M. zur Befriedigung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Es sollen in der Hauptstadt Familienväter unterstützt werden, die seit zwei Jahren in der Stadt Gera wohnen und hier den Unterhaltungswohnsitz haben. Die Vertreter der Gelben feierten mit den Bürgerlichen gegen den Antrag. — Weiter wurde ein Antrag durch die Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen, nach dem für Zwecke der noch zu beschließenden Arbeitslosenversicherung die Summe von 5000 M. pro forma in den Etat eingestellt werden.

Arbeitslosen-Demonstration. Zu einer großen Arbeitslosendemonstration kam es vor einigen Tagen in Frankfurt a. M. Der Anlaß war die Weigerung des Magistrats, die Arbeitslosenunterstützung weiter zu zahlen, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung dies beschlossen hatte. Bereits am Vormittag stand eine von vielen Tausenden besuchte Protestversammlung im Gewerkschaftshause statt, in der auf schärfste gegen das Verhalten des Magistrats protestiert wurde. Am Nachmittage hatten sich viele Arbeitslose vor dem Römer eingefunden, in dem gerade eine Stadtverordnetensitzung stattfand, um dem Magistrat begreiflich zu machen, daß es noch unzählige Arbeitslose gibt. Dies war die Veranlassung für die Polizei, mit einem großen Schuhmannsaufgebot anzurücken und den ganzen Römerberg abzusperren, damit dem Magistrat der Anblick der Arbeitslosen erspart bleibe. Ein großes Aufgebot von Schuhleuten zu Fuß und zu Pferde hatte die Arbeitslosen in die Seltenstraßen zurückgedrängt.

Terrorismus. Als kleinen Beitrag zu der Denkschrift über die Auswüchse des Koalitionsregimes, die vom Reichslandtag beim Reichstag in Aussicht gestellt worden ist, stellt der "Vorwärts" den folgenden Briefes zur Verfügung, der von der Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft Geisingen in Württemberg jedem neu eintretenden Ingenieur zur Unterschrift vorgelegt wird:

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, während seiner Anwesenheit in der Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft Geisingen dem B. T. B. (Bund der technisch-industriellen Beamten) nicht anzugehören.

Bon 21 Mitgliedern, die der genannte Bund bisher in der Fabrik hatte, sind bereits zwölf hinausgekehrt. Es wird dem Rangier einige Mühe kosten, einen solchen Rechtsraub als "sozialdemokratischen" Terrorismus zu bezeichnen.

Höhere Dividende bei steigender Arbeitslosigkeit. Während die Arbeiter infolge des Konjunkturrückgangs unter Feierabend und Arbeitslosigkeit leiden, fallen den Kapitalisten die fetten Dividenden des vorhergehenden Jahres der Hochkonjunktur zu. So zahlt die Gesellschaft für Bergwerksaktiengesellschaft für 1913 an Dividende 11 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr. Der Rohgewinn ist von 58 auf 65,6 Millionen Mark gestiegen. Trotz der Dividenden erhöhung können noch 1½ Millionen Mark mehr als 1912 zu Abschreibungen (insgesamt 23,3 Millionen) verwandt werden. Für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds hat die Gesellschaft ganze 450 000 M. übrig.

Gegen die Nacharbeit. Zu den Elthengesellschaften, die die höchsten Dividenden ausschütten, gehört die Sonnenfale Rauch- und Kompanie in Hannover. Auch in diesem Jahre wird sie wieder 45 Prozent Dividende an ihre Aktionäre verteilen. Infolge der starken Zunahme im Verbrauch von Rautschul (in der Elektrizitätsindustrie, für die Automobilindustrie) stieg der Geschäftsgewinn von 11,98 auf 14,70 Millionen Mark. Zu offenen Abschreibungen werden davon allein 3,6 Millionen verwandt. Die Gesellschaft war dadurch in der Lage, ihre Beteiligung an brasilianischen Unternehmungen zur Gewinnung von Naturgummi voll abzuschreiben, d. h. den bedeutenden Wert dieser Beteiligung in der Bilanz zu streichen. Die Steigerung des Gewinnes ist besonders bemerkenswert, da im vergangenen Jahre die Einlaufspreise für Naturgummi und die Verkaufspreise für Gummifabrikate stark gefallen sind. Die Verwaltung gibt dazu an, daß diese Verhältnisse durch die bedeutende Zunahme der Umsätze ausgeglichen worden seien: "Die Beschäftigung war außerordentlich stark. Nur durch die Zuhilfenahme von Nacharbeit ist während eines großen Teiles des Jahres gelang es uns, die vorliegenden Aufträge zu bewältigen." Nacharbeit = Gesundheitsschädigung für die Arbeiter — schwindelnd hohe Dividenden für die Unternehmer, das ist das Fazit der Hochkonjunktur.

Die ausgesperrten Gelben. Herr v. Meissner und seine wirtschaftsfriedlichen Arbeiter sind mit einander in Differenzen geraten. Der Oberschafmacher und Chefredakteur der Arbeitgeber-Zeitung ist in Altona an einem Pergament- und Papierstoffwerk beschäftigt, das von einem anderen Reiswitz geleitet wird. Keine Frage, daß der hochdele Baron und Freiherr seinen Betrieb sozialistisch hält und die "wirtschaftsfriedlichen" Arbeiter bevorzugte. Er zahlte ihnen den für die Verhältnisse in Hamburg-Altona horrenden Lohn von 42 bis 45 Mark in der Stunde. Eine Gruppe der Maschinenführer mußte in den Bausen durcharbeiten, wofür ihnen eine nach der Menge des fertiggestellten Papiers berechnete Prämie versprochen ward. Anstatt der Prämie zahlte Reiswitz den Arbeitern nur den Lohn für die zwei durchgearbeiteten Stunden. In jüngster Zeit sollen die Arbeiter aber auch den Stundenlohn nicht mehr erhalten. Ihre Proteste wurden mit einem Nevers beantwortet, daß sie bereit seien, in "Schichtlohn" zu arbeiten. Die Eingeschichterten unterschrieben. Aber die wirtschaftsfriedliche Ruhe wollte nicht wiederkehren. Weiteren Ansprüchen folgte ein zweiter Nevers, nach dem die Arbeiter keine Forderungen an die Firma haben. Diesmal unterschrieben nur wenige Arbeiter. Darauf bot man ihnen eine Abfindung von 5 Mark und legte später noch 4,80 Mark darauf. Als aber trotz allerdem die Begehrlichen auf ihrer Forderung von 70 Mark bestanden, mußten sie den vaterländischen Betrieb verlassen.

So ist der Krieg zwischen den Wirtschaftsfriedlichen und ihrem groß in sich liegenden Protektor entbrannt. Mit profitüsterner Tapferkeit haben die hohen Herren den vaterländischen Phrasenschleim weggewischt, so daß wieder einmal sichtbar auch für das Auge des rückständigsten Arbeiters, die unverhüllte Gegenäglichkeit der Interessen zum Vorschein kommt.

Menschliche Arbeitsstiere. Dem Lehrer einer Schule in einer Mittelstadt Sachsen wurde, der der Reichsschule entzogen war, auf einem Lehrerfolgender Brief gebracht, der von Inhaber einer bedeutenden Saatenhandlung stand und in eigenartiges Licht auf die Denk- und Erziehungsweise gewisser Kreise wirkt.

Der Brief sei hier mit all seinen Fehlern wiedergegeben:

Herrn Lehrer XY in . . . am . . . Dez. 1913.

Die Ueberbringerin XY (ein 12jähriges Mädchen), ist bei mir in Dienst, und es ist mir in letzter Zeit aufgefallen, daß dieselbe neben der vielen Schule und Schularbeiten sogar von Ihnen noch mit Nachsinnen bestraft wird.

Ich bitte Sie in Zukunft diese Strafe bei der XY zu unterlassen; dieselbe ist bei mir zur Beaufsichtigung eines 6 Monate alten Kindes engagiert und hat dieselbe sofort nach Beendigung ihres planmäßigen Unterrichts ihre Tätigkeit bei mir zu beginnen, wenn dieselbe ihrer Stellung nicht verlustig gehen will.

Es liegt wohl meines Ermessens nach auch kein Grund Ihretwerts vor, wenn Sie ein Kind, welches nach Ihrem Schulunterricht noch auf das Brodverdienen angewiesen ist, mit Nachsinnen bestrafen. Die Kinder armer Eltern haben so schon viel zu viel Unterricht, und sollten daher schon die Herren Lehrer etwas Rücksicht gebrauchen und Strafen, wie Nachsinnen, zumal während deren Arbeitszeit zu unterlassen.

Ich habe die XY beauftragt, Ihnen diesen Brief abzuliefern, damit Sie dieselbe morgen 10 Uhr zu mir an Ihre Arbeit gehen lassen. Mit Hochachtung! ABC.

Moral: Proletarier sollen Kinder zeugen, sonst tritt Geburtenrückgang ein, und das ist ein Beweis von "Sittenlosigkeit". Aber lernen sollen die Kinder nichts, denn sonst kann man sie nicht genug als menschliches Vieh ausbeuten.

Moderne Sklaverei. Jährlein, jähraus schicken die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer ihre Agenten in alle Welt, um billige und willige Arbeitskräfte anzuwerben. Unter allen möglichen Versprechungen werden die Leute angelockt, um hinterher meist schwere Enttäuschungen zu erleben. Es ist oft vorgelommen, daß die angeworbenen Arbeiter den Anforderungen der Grubenarbeit nicht genügten, in welchem Falle sie dann einfach ihrem Schicksal überlassen wurden. Von Agenten der Stinnes-Betriebe Adolfi von Hansemann werden jetzt für die Anwerbung Nevers benutzt, die einen tiefen Einblick gestalten in den Handel mit Industriekräften. Der Nevers hat folgenden Wortlaut:

"Ich erkläre hiermit, daß ich gesund bin und an keine Adole Hansemann in Hengen unter Tage arbeiten will."

Sollte bei der ärztlichen Untersuchung etwa Geschlechtskrankheit, Epilepsie oder Brücheiden festgestellt werden, so verzichte ich auf Beschäftigung und Nacharbeitsergütung.

Es sind mir keinerlei Lohnversprechen gemacht worden. Die Kosten für die Reise werden von der Betriebs Adolfi von Hansemann vorgelegt und mir in kleinen monatlichen Raten vom Lohn abgezahlt. Doch wenn ich sechs Monate auf der Betriebs Adolfi von Hansemann regelmäßig gearbeitet und keine Schicht willkürlich gefeiert habe, wird mir das eingehaltene Geld zurückgestattet.

Ich bin damit einverstanden, daß mir das Postgeld für meine Postgeber vom Lohn abgehalten wird."

Das Dokument spricht für sich selbst. Der Arbeiter, der es unterschreibt, begibt sich jeglicher Selbstbestimmung. Er ist ein willloses Werkzeug in den Händen der Betriebs-

herren. Der alte Sklavenhandel ist ausgerottet, auf Umwegen wird aber die Sklaverei, wie man sieht, durch den Industriefeudalismus wieder eingeschleppt.

Nach unserer Meinung dürfen es die Behörden nicht dulden, daß derartige Nevers ausgestellt werden. Sie widersprechen den guten Sitten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsteher, Bremen, Haufenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8046.

Bureauzeiten von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Anschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haufenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Eintritts- und Verstellungen nur an W. Nieder-Wallau, Bremen, Haufenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkontos, bei der Bankverteilung der Groß-Handels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. O. in Hamburg-Volksbank Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Erledigung bestimmte Anschriften sind an Joh. Krohn, Bremen, Haufenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Anschriften sind an Gustav Nieden, Bremen, Haufenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Auskunft bestimmte Anschriften sind an Carl Gütt, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Der Aufenthalt ist anzugeben: Von dem Zigarettenmacher Job. Schulte aus Düsseldorf, Buch S. II. 48 228, derjelke ist ohne Bewilligung von Apolda abgereist. (S. 320. I. 14.)

Der Aufenthalt ist anzugeben: Von dem Zigarettenmacher Job. Wedel aus Cuxhaven, einget. 20. 7. 13, Buch S. II. 80 423, Al. S. B. ist im Dezember 1913 unter Mitnahme von Beitragsmarken von Köln abgereist. (S. 43. I. 14.)

Das Mitgliedsbuch ist einzugeben: Von dem Zigarettenmacher Otto Hörlitz aus Großenhain, 2. Buch, S. 67 227, d. s. hat sich in Burgen auf Wanderschaft abgemeldet, hat eine Wandertarife erhalten und irrtümlicherweise ist ihm das Mitgliedsbuch mitgegeben worden. Beim Abheben der Unterstützung ist das Mitgliedsbuch einzuziehen und einzusenden.

Gesäßbinder.

Die Bevollmächtigten werden ernsthaft hingemessen, daß Erfäßbücher, für verlorene oder unbrauchbar gewordene Mitgliedsbücher, nicht von den Bevollmächtigten ausgestellt werden dürfen. Anträge auf Ausstellung von Erfäßbüchern sind von den Bevollmächtigten beim Vorstand einzureichen, welcher dann die Ausstellung der Erfäßbücher vorsichtigen wird. (Siehe Kommentar zu § 2 des Verwaltungsstatutus.)

Der Vorstand.

Adressen der Bevollmächtigten.

Abberthelm, Pfalz: 1. Rev. Joh. Hartmann.

Wolgende Gelder sind bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, L. = Annonen):

5. März: Aldehausen B. 40.— 7. März: Unterrieden B. 60.— Altmarken B. 65,27. Niederschloß B. 100.— Schorndorf B. 50.— Deuben B. 200.— Dresden B. 1500.— Hodenhein B. 1000.— Berlin B. 250.— 8. März: Minden B. 200.— Stuttgart B. 50.— 9. März: Niederschloß B. 60.— Waldheim B. 300.— Neuenkirchen B. 50.— Binsen B. 180.— Blotha B. 100.— Berlin B. 700.— Döbeln B. 270.— Rehna B. 200.— 10. März: Emmerich B. 60.— Wulferdingen B. 6,61. 11. März: Burgdamm B. 200.— 12. März: Bremen B. 500.— Leisnig B. 100.— L. 76. Dresden B. 1000.—

Bremen, den 16. März 1914.

W. Nieder-Wallau, Fassierer.

Statistik für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder solchen die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können.

Es ist überflüssig, wenn sämtliche Zahlstellen nach der Bezeichnung noch Karten einsenden, da diese nicht mehr verwendet werden können.

Wie erscheint nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gaues über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur plärrischen Einwendung der Angaben anzuhalten.

Von folgenden Zahlstellen gingen für den Monat Februar keine Angabe ein:

Gau Braunschweig: Clausthal.

Gau Nordhausen: Heerde, Oberode, Cassel, Hess. Lichtenau, Einbeck.

Gau Herford: Neuenkirchen, Dortmund, Belsenkamp, Oldendorf i. B., Ostholz, Schwenningdorf, Soest, Stift Quirichheim, Wallenbrück, Hülfhorst, Dagen & Vhemont.

Gau Köln: Wesel, Geldern, Oberhausen.

Gau Frankfurt a. M.: Langenselbold, Bad Orb, Rüdesheim, Dietzenbach, Wiesbaden.

Gau Hessen-Niedersachsen: Gründberg, Hirschberg, Millesham.

Gau Berlin: Stolp, Fürstenwalde, Berlin.

Gau Karlsruhe: München, Niedelsbach, Schönach, Stuttgart.

Gau Schleswig-Holstein: Flensburg, Lübeck, Flensburg, Lübeck, Lübeck, Lübeck.

Gau Dresden: Delitzsch, Torgau, Briesig, Elster, Strehla, Meißen.

Gau Bremen: Grünberg, Bremen, Bremen, Bremen.

Gau Bremen: Heinrich Vobbenkamp, Haufenstr. 58/60, Zimmer 18.

Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Für den Gau Brandenburg:

Altona: Gottlieb Osteria, Bureau: Gimmlerstraße 10.

Für Bremen:

Bremen: Heinrich Vobbenkamp, Haufenstr. 58/60, Zimmer 18.

Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Für den Gau Braunschweig:

Braunschweig: Ernst Sparläse, Gabelsbergerstr. 4 v.

Sprechstunde: Montag von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Jugende dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen:

Nordhausen: Verbandsbüro: Wolffstraße 14.

Für den Gau Herford:

Herford: Wilhelm Schütter, Gimmlerstraße 59.

Für den Gau Südw.

Südw.: Ludwig Klein, Heinrichstraße 27 III.

Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M.: Franz Schell, Gneisenaustr. 113 II.

Für den Gau Offenbach:

Offenbach: Georg Durban, Meyerstr. 15 II.

Für den Gau Heidelberg:

Heidelberg: Ferdinand Dahms, Mannheim, H. 6, Nr. 22.

Für den Gau Karlsruhe:

Karlsruhe: Ad. Helsing, Werderstraße 85, priv.

Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Weidelerstraße 28.

Sprechstunde: Montag von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntag von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

Für den Gau Dresden:

Dresden: Alois Dommer, Ritterstraße 2111, Zimmer 84.

Für Sortierer: Walter Hobis, Dress.-Blechen, Torgauerstraße 68, vtr. Sprechzeit: 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends; an Sonntagen nur 3—6 Uhr nachmittags.

Für den Gau Bremen:

Bremen: Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 89.

Für den Gau Berlin:

Berlin: Wilhelm Tschuschner, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 8a, vorn. II. G.

Alle Nebeljuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich an vorliegende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Kistenbekleber

Bremen: Otto Hemprich, Holzmarkt 13, Seitenhaus L.

Hodenheim: Osk. Scheffler, Barstr. 46.

Auerberg (S.A.): Ernst Hartlieb, Jungferngasse 63 II.

Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 56, Greifswalderstr. 195.

Krefeld: Felix Langguth.

Trier: Otto Werra.

Crossen a. Werra und Schmelzhausen: Georg Cron, Crossen an der Werra.

Emmendingen: Karl Kiengle, Mundingerstr. 34.

Arbeitsangebote.

Ein junger, möglichst unverheirateter Spinner für eine norddeutsche Kautabakfabrik, zum sofortigen Antritt.

Rückfragen Arbeits

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 12

Sonntag, den 22. März

1914

Wie unsere Fabrikanten terrorisieren!

Natürlich stimmen unsere Fabrikanten in den Ruf nach Gutshausgeschenken für Arbeiter, die sich durch den gewerkschaftlichen Kampf eine bessere Existenz schaffen wollen, mit lautem Hallo ein; sie klagen und jammern, daß es eine Regierung erweichen könnte, über den unerträglichen Terrorismus, den die organisierten Arbeiter an allen Ecken und Enden ausüben. Sonderbar, daß gerade jene Unternehmer am lautesten schreien, die nicht genug aus ihren Arbeitern herausschlagen können. Jedes leiseste Begehrhen der Arbeiterschaft nach ein paar pfennigen Lohnzulage wird als die unverschämteste Begehrlichkeit bezeichnet; und wehe den Mutigen, die etwa, basend auf ihr gesetzliches und menschliches Recht, es wagen, frei und offen für die Kameraden einzutreten! Wahr kann man sie ja nicht an den Galgen bringen, aber hinausgejagt aus den Betrieben werden sie wie räudige Hunde, und eine Verschwörung der Unternehmer sorgt oftmals dafür, daß den Betroffenen die Existenz am Orte abgeschnitten wird. Koalitionsrecht? Menschenrecht? Vacherliche Dinge! Ein rechtes Unternehmernemüt pfeift darauf. Die Kanaille von Arbeiterschaft schwelgt ohnehin in lauter Wohlleben, man sollte die Freiberger, die es wagen, gegen den heiligen Profit zu opponieren, auf den Boden spannen und täglich 25 aufzählen. Das ist der Unternehmerweiseheit letzter Schlüß; und dabei füllt sich der Beutel immer mehr.

Trotz aller gangbaren Mittel, die Tabakarbeiterenschaft zu drücken, wird auch bei ihnen noch oft genug der krasseste Terrorismus angewandt, um sie den Fabrikanten auf Gnade und Ungnade vollständig gefügig zu machen. Wir wollen uns heute mit einem solchen Fall beschäftigen, sitemalen die Beispiele aus der Praxis die eindringlichste Sprache reden.

Wir stellen also vor: Firma Nathusius, Sitz Magdeburg. Diese Firma besitzt in Calbe an der Saale eine Filiale. Die Löhne in dieser Filiale sind natürlich durchaus unzureichend. Im Jahre 1912 aber reichten die Arbeiter, wie bei den übrigen Fabrikanten in Calbe, auch bei der Firma eine Forderung in bezug auf Lohnaufbesserung ein. Es kam zum Ausstand, und wenn schließlich auch noch nicht viel erreicht wurde, so war doch die Geschlossenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen dem Fabrikanten in die Glieder gefahren, und man zog aus zum Kampf gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisation. Verschiedentlich waren nach dem Friedensschluß Differenzen in dem Betriebe, deren Ursache das Auftreten des Fabrikanten oder des Meisters war. Die verdammte Organisation hatte es ihnen angefan. Und wer weiß, wie lange es dauern könnte, und die "Begehrlichkeit" der Arbeiter und Arbeiterinnen fand wieder in "makelosen" Forderungen, in Streit und wer weiß was noch alles ihren Ausdruck. So hat die Firma denn in letzter Zeit mit Hilfe ihres neuen Werkmeisters Weinreich die Geschichte forcirt und der schönste Terrorismus steht dort jetzt in Blüte.

Zum Terrorismus gehört es, daß die Arbeiter eine sie beleidigende Spionage über sich ergehen lassen müssen. Innerhalb und außerhalb des Betriebes wird spioniert. Auch die Firma Nathusius hielt es für erlaubt, außerhalb des Betriebes das Personal zu beobachten und am anderen Tage den Arbeiterinnen den Weg zu sagen, den sie abends vorher zur Versammlung gegangen waren. Auch einige Maßregelungen konnten gebucht werden. Die übliche Drohung, daß der Betrieb verlegt werden würde, hatte anscheinend für die Firma nicht den rechten Erfolg. Es kam ein großer Tag, den die Firma wohl für den geeigneten halten möchte, mit ihren Arbeiterinnen deutlicher zu reden, nämlich der Kaisergeburtstag. Es wurde ein halber Tag gefeiert, sogar eine Reichsmark Entschädigung, die als besondere Wohltat gepriesen wurde, gezahlt, und im übrigen hielt Herr Nathusius eine Rede, in der er auch aussprach, daß er ja niemand zwingen wolle, aus dem Verband auszutreten (Sie sind ein Gentleman, Herr Nathusius!), aber es könne ihm niemand verdenken, wenn er Leute, die im Verbande blieben, nicht länger beschäftige. Wahrscheinlich hat sich Herr Nathusius am Kaisergeburtstag der Neuzeitung auf der Sparrenburg erinnert: Ins Buchhaus mit dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!

In der Praxis kam der Standpunkt des Herrn Nathusius in der Weise zum Ausdruck, daß die Arbeiterinnen aufgesfordert wurden, soweit sie nicht mehr im Verbande sein wollten, dies auf einem Zettel mit ihrer Namensunterschrift zu erklären. Was das bedeutet, brauchen wir in Abbruch der vielen Erfahrungen, die die Arbeiter gemacht haben, nicht erst auseinanderzusetzen. Über der ehrenwerte Meister, gewandt in Rat und Tat, sehe noch einen Triumph darauf, indem er den Arbeiterinnen sagte, daß sie gerichtlich belangen würden, wenn sie nun trotz ihrer Unterschrift im Verbande blieben. Das ist natürlich nicht wahr, denn die Unterschrift ist rechtsungültig, da sie gegen die guten Sitten verstößt.

Und die Sehnsucht hat den Fabrikanten gepackt, und zwar die Sehnsucht nach einem schönen quittengelben Werkverein; denn er spricht zu seinen Arbeitern gern darüber. Der Werkmeister aber hält wieder den christlichen Verband für geeignet, die Zersplitterung unter den Arbeitern zu bewerkstelligen. Vielleicht werden sich die beiden Herren aber noch einig.

Es haben nun nicht alle Arbeiterinnen einen solchen Zettel unterschrieben. Die es nicht getan haben, die auf ihr gesetzliches Recht Anspruch machen, die ihr Menschenrecht wahren wollten, die der Meinung waren, daß sie sich ebenso gut als Herr Nathusius organisieren könnten, die sich über die Fabrikschwelle hinaus von dem Fabrikanten

und seinem Meister keine Vorschriften machen lassen wollten, sie sind entlassen worden.

Nun haben die Leser wohl einen kleinen Begriff davon, wie es in dem Betrieb des Herrn Nathusius in Calbe zugeht. Ist eine solche Handlungsweise, wie wir sie hier geschildert haben, nicht *irrassiver Terroristismus?* Natürlich werden wir gelegentlich den Fall noch an anderer Stelle bewerten.

Glauben Sie, Herr Nathusius, nun wirklich etwas ausgerichtet zu haben? Meinen Sie, die Arbeiterschaft in Ihrem Betriebe in Calbe sei nun davon überzeugt, daß die Löhne gut seien, daß die Behandlung nichts zu wünschen übrig lasse, daß Sie und Ihr Werkmeister die humansten Leute seien? Sind Sie, Herr Nathusius, des Glaubens, daß Sie mit Ihrer Methode erreichen, was Sie erreichen wollen? Freilich, freilich, Sie glauben an Ihre Unternehmerschaft und leisten sich deshalb solche Handlungen. Sie sind aber im Irrtum, wenn Sie Ihre Arbeiterschaft für Sklaven halten. Das Sparen, das Sie jetzt einführen, wird von der Arbeiterschaft eingeschätzt als das, was es sein soll: ein Mittel für Ihre Zwecke, Herr Nathusius. Obendrein haben Ihre Arbeiter ja nichts zum Sparen. Wir können es Ihnen, Herr Nathusius, schon heute sagen, daß alle Ihre Mühe nicht zum Ziele führen wird. Wer Wind setzt, wird Sturm ernten. Sie täten besser, sich zu bemühen, mit Ihrer Arbeiterschaft in gutem Einvernehmen zu leben. Dabei werden Sie sicher nicht zu Grunde gehen; sie ersparen sich außerdem manche Enttäuschung.

Und an die Tabakarbeiter, nicht nur an jene der Firma Nathusius, richten wir die Aufforderung, sich nicht durch die terroristischen Allüren der Fabrikanten unterkriegen zu lassen! Wir meinen, die Lage der Tabakarbeiter ist ohnehin schlecht genug, als daß sie noch weiter gedrückt werden könnte. Denn weiter hat der Kampf der Fabrikanten gegen unsere Organisation doch keinen Zweck, als die Lebenslage der Tabakarbeiter nicht mehr herabzudrücken. Da muß es heißen: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Solche Fälle, wie wir ihn oben geschildert haben, müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie erst recht anstrengen, für den Verband zu wirken.

Der Boykott als Kampfmittel gegen den Trust.

Bekanntlich bringt der englisch-amerikanische Tabaktrust mit der Unterjochung der deutschen Zigarettenindustrie immer weiter vor, so daß zurzeit schon rund 25 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenproduktion von Trustbetrieben erledigt werden. Dieses Vordringen verursachte den Zusammenschluß aller übrigen trustgegnerischen Firmen, und dieser Schutzverband, in Verbindung mit den Unternehmerverbänden als solche und den verschiedenen Händlervereinigungen, leiteten zur Bekämpfung des Trusts eine allgemeine Boykottbewegung ein. Der Konsum der Trustfabrikate sollte also zurückgedrängt werden. Mit marktschreierischer Rellame wurde die Boykottbewegung durchgeführt und Handelskammern, Polizei- und Staatsbehörden mobil gemacht. Interessenversammlungen wurden in allen Großstädten abgehalten, und es dauerte nicht lange, so konnte auch schon über Erfolge der Boykottbewegung berichtet werden. Wen sieht also, die scharfsinnigsten Unternehmer in Verbindung mit den Behörden bedienen sich hier eines Kampfmittels, dessen Anwendung, sobald es von der Arbeiterschaft gebraucht wird, nach allen Regeln der Kunst verschrien wird. Doch dies nur nebenbei!

Wie steht es denn in Wirklichkeit mit den Erfolgen der Boykottbewegung? Seit geraumer Zeit schreiben die Fachzeitschriften der trustgegnerischen Vereinigungen über den Geschäftsrückgang der Trustbetriebe. Es wird da von Hunderten von Arbeitereinfassungen geredet, von monatengleichen Aussezieren usw. Nach unseren eigenen Beobachtungen sind diese Angaben nur teilweise zutreffend. Von Entlassungen kann bis dahin in der Höhe in den bekannten Dresdener Trustbetrieben keine Rede sein, auch bei der Firma F. a. s. m. a. z. A.-G. nicht. Von genannter Firma haben allerdings verschiedene Arbeitsgruppen längere Zeit eingeschränkt gearbeitet, dagegen haben aber die Handarbeiterinnen die Zeit vor Weihnachten mit Nebenstunden gearbeitet. Bei den Trustbetrieben S. u. l. i. m. a., D. e. t. a. und U. d. l. e. r. - A. o. m. p. a. g. n. i. e. ist eine derartige Arbeits einschränkung, wie angegeben, überhaupt nicht gewesen in den Wintermonaten. Daz überhaupt die Firma F. a. s. m. a. z. A.-G. nicht so, wie der Anschein erwacht wird, in ihrer Ausweitung und Produktionssteigerung gehemmt worden ist, beweist der für das Jahr 1913 geltende Geschäftsbericht, wie er den Aktiengesellen dieser Firma am 26. März vorgelegt werden soll. In diesem Bericht wird angegeben, daß der Mehrumsatz an Zigaretten im Vergleich zum Vorjahr 1912 sich auf 500 Millionen Stück bezieht, soweit allein das Inlandsgeschäft in Frage kommt.

Wir sind weit entfernt davon, und haben absolut keine Ursache, uns als Sachwalter der Trustfirmen ausspielen zu wollen; sondern es handelt sich nur darum, uns von keiner Seite etwas vortäuschen zu lassen. Das gilt sowohl für die gemachten Angaben selbst, als auch für das, was verschwiegen wird. Es wird nämlich verschwiegen, daß gerade bei den trustgegnerischen Firmen die gleichen Arbeitsbeschränkungen auftreten, wie sie für die Trustbetriebe angenommen werden. Bei der Firma F. a. s. m. a. z. A.-G. ist die Zahl der Arbeiter von über Hundert auf 60 bis 70 zurückgegangen. Die Firma H. e. n. d. z. e. hat gleich zu

schnellen der Verhältnisziffer und die Zahl der Getöteten Weihnachten zwei Drittel der Maschinenführer entlassen, ebenso circa 50 Packertinnen, und noch jetzt sind lange nicht alle wieder eingestellt. Zudem arbeiten die Tabakarbeiterinnen schon seit langem mit verkürzter Arbeitszeit und ein großer Teil der Handarbeiterinnen dürfen nur ein bestimmtes Pensum herstellen. Desgleichen auch die über 1000 Handarbeiterinnen der Firma E. d. s. t. e. n & S. ö. h. n. e. Auch die Firma R. e. u. n. i. o. n., Inhaber Brüggig und Wollmann, in Obercunnersdorf, dürfen in der Mehrzahl nur noch halbe Tage arbeiten. So könnten wir diese Beispiele noch beliebig vermehren.

Wenn wirklich der Boykott gegen den Trust bis jetzt eine solche Wirkung, als wie es der Oeffentlichkeit glaubhaft gemacht werden soll, gehabt hätte, dann müßten doch die übrigen Betriebe hiervom profitiert haben. Das ist nun nicht der Fall, sondern wir sehen vielmehr, daß auch diese Firmen einen überaus schlechten Geschäftsgang haben. In Wirklichkeit dürfte also nicht die Boykottbewegung als Ursache für den Geschäftsrückgang der Trustbetriebe maßgebend sein, sondern ebenso wie in den übrigen Zigarettenbetrieben und allen anderen Berufszweigen, der wichtigste Niedergang überhaupt. Die gegenwärtige Krise zwinge tauch die Zigarettenindustrie in ihren Bann, daß muß unverhohlen zugesehen werden.

Dass nun die Trustbekämpfer die erwähnten Erfolge der Boykottbewegung sehnlichst herbeiwünschen oder vergrößern, ist begreiflich, aber es ist doch zwecklos, sich selbst etwas vorzutäuschen und die wahren Ursachen des schlechten Geschäftsganges in der Zigarettenindustrie verklären zu wollen.

Im gegenwärtigen Trustkampf wird in beiden Lagern mit derartigen Behauptungen, Entstellungen und Verbrechungen gearbeitet, daß es dem Außenstehenden schwer fällt, mit klarem Blick die Sachlage zu erkennen. Letzteres ist aber unbedingt notwendig, und hielen wir deshalb diese klarstellung für uns selbst als geboten.

Dresden.

Dy.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

137 089 Schwerverletzte, 10 300 Tote.

Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Arbeiterschutzes, der nur durch Erweiterung und Sicherung des Sozialrechts gewährleistet werden kann, wird sehr eindrucksvoll durch die soeben bekannten Nachweisungen der Berufsgenossenschaften über die Unfallhäufigkeit im Jahre 1912 demonstriert. Wurden doch in dem einen Jahre auf dem Schlachtfeld der Arbeit 137 089 Proletarier schwer verletzt, das heißt so schwer, daß trotz rigoroser Abweisung von Entschädigungsansprüchen, trotz der berücksichtigten Rentenquetzerei in 137 089 Fällen Unfallrenten gezahlt werden mussten. Und unter den Schwerverletzten waren 10 300, die bei Unfällen sofort getötet wurden, oder bald an den Unfallsfolgen verschieden.

Die Zahl der versicherten Personen bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbüroden betrug im Berichtsjahr 28 389 605. Davon gelten 3,4 Millionen Personen als doppelt gezählt, weil gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben versichert. Sonach stellt sich die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen auf rund 25 Millionen. Auf je 1000 versicherte entfielen demnach 5,48 entschädigungspflichtige Unfälle.

Die Zunahme der Unfälle und die Verschlechterung in der Rentenfestlegung kommt in der folgenden Zusammenstellung zum Ausdruck. Es wurden in den aufgeführten Jahren erstmals Unfallentschädigungen festgestellt:

	auf 1000 überhaupt versicherte Personen	Unfälle mit tödlichem Ausgang
1886 . .	10 540	2,83
1890 . .	41 420	3,04
1900 . .	106 447	5,63
1905 . .	139 787	6,91
1906 . .	138 283	6,67
1907 . .	143 356	6,77
1908 . .	141 716	5,23
1909 . .	137 764	5,07
1910 . .	130 824	4,75
1911 . .	131 003	4,72
1912 . .	137 089	5,48

Bis zum Jahre 1905 ist die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ununterbrochen gestiegen, absolut und relativ. Auch die nächsten Jahre brachten noch eine Zunahme der als entschädigungspflichtig anerkannten Unfälle, aber im Verhältnis zur Zahl der versicherten Personen begann mit dem Jahre 1906 ein Rückgang. Von 1909 an zeigt sich sogar eine absolute Abnahme der entschädigten Unfälle, der relative Rückgang erstreckt sich bis auf das Jahr 1911. Die Unternehmer führen die Verminderung der entschädigten Unfälle vorwiegend auf bessere Unfallverhütung, Verbesserung der Betriebseinrichtungen usw. zurück. In Wirklichkeit war der Rückgang lediglich eine Folge der Versagung von Unfallentschädigungen. Kam man doch soviel, selbst bei Verlust von Hingerädtern Entschädigungen zu versagen. Die Theorie vom Ungehönen macht großartig Schule. Schwere Körperbeschädigungen erklärt man heute als Schönheitsfehler, für welche keine Entschädigung gezahlt werde. Mancher Verletzte hat in den Rentenquetzungen Tantalusqualen auszustehen. Widerlegt er sich den Quälereien, dann beschwört er die Gefahr heraus, mit allen Ansprüchen abgewiesen zu werden. Und trotz dieser Praxis zeigt sich ein erneutes Hinausgehen der Unfallaffären. Besonders bemerkenswert ist das Kinemat-

Gegen das Vorjahr hat die Zahl der entschädigungs-
pflichtigen Unfälle um 4,6 p^t. zugenommen, eine bedeut-
liche Ziffer, aber noch mehr ist die Zahl der Getöteten ge-
stiegen, nämlich um 9,1 p^t! Überhaupt hat sich das
Verhältnis der Getöteten zu den Schwerverletzten gegen-
früher verschlechtert. Auf je 100 Schwerverletzte entfielen
nämlich:

1905	6,3	Getötete.
1912	7,5	"

Bei solcher Entwicklung kann man doch wahrlich nicht von einer Verminderung der Unfallgefahren oder gar von einer Verbesserung in der Unfallverhütung reden. Die Zahlen sprechen jedem Verlustungsvorwurf.

Die Krüppel und Toten bilden eine furchtbare Anklage gegen das herrschende System.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1912.

Unter dem Titel „Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912“ ist in dem Ende 1913 erschienenen 7. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt“ zum ersten Male eine vollständige Statistik aller Tarifverträge veröffentlicht worden. Diese verdienstliche Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes war nur möglich durch die tätige Mithilfe der Gewerkschaften, die in der Hauptstelle das Material dazu liefersten. Von Arbeitseite wurde über 12 437 Tarifverträge berichtet, dagegen von Unternehmenseite nur über 836.

Im Jahre 1912 traten 3826 Tarifgemeinschaften in Kraft, die für 37 634 Betriebe mit 382 350 Tarifgemeinschaften für 48 756 Betriebe mit 416 923 Personen. Am Ende des Jahres 1912 wurden nach Auszählung von Doppelzählungen 10 739 Tarifgemeinschaften für 159 930 Betriebe mit 1 574 286 beschäftigten Personen geschlossen. Wie viele von diesen organisiert sind, ist nicht genau festgestellt worden. Das Statistische Amt gibt 550 997 an, wobei aber für 382 365 beschäftigte Personen die Angaben fehlen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ergeben sich 71,4 p^t. Organisierte, während das Kaiserliche Statistische Amt nur 54,1 p^t. errechnet, weil die Personen, für die Angaben fehlen, mitgerechnet wurden. Auch den spezialisierten Angaben sind die Zahlen höher. Als organisiert zählt das Statistische Amt nur alle Arbeiter, die einem der berührenden Verbände angehören. Unter diesen sind auch die christlichen Gewerkschaften, Kirch-Dunderschen Gewerbevereine, der Verband katholischer Arbeitervereine usw. In den Einzelangaben dieser Verbände sind 1 110 802 organisierte angegeben, von denen 1 003 987 den freien Verbänden angehörten. Letztere hatten dann 65,2 p^t. sämtlicher tariflich gebundenen Personen in ihren Reihen.

Im Bergbau sind noch keine Tarifverträge vorhanden. Hier sollen nach der Weisheit eines nationalliberalen Landtagsabgeordneten, die er kürzlich im Dreiklassenparlament zum besten gab, Tarifverträge nicht eingeführt werden können, denn „der Unternehmer müsse auch seinen Verdienst finden“. Wenn letzteres für die Tarifeinführung ausschlaggebend wäre, dann müßte aber gerade diese Gewerbegruppe an der Spitze der durch den Tarif gebundenen Gewerke stehen, denn in bezug auf Verdienst sind die Berggewerke in den anderen Berufsgruppen lediglich eine Machtfrage, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch diese Unternehmer dem Tarifgebundenen Tribut zollen müssen. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft, in die erst wenige Tarife eingedrungen sind.

Auch in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie, im Handels- und Reinigungsgewerbe, in den Gruppen Gast- und Schauspielkunst, Theater, Schaustellungen hat der Tarifgebundene noch wenig Boden gefunden. Von sämtlichen Beschäftigten Gehilfen und Arbeitern außer Verwaltungs-, Kontor- und Bureaupersonal werden kaum ein Sechstel, von den männlichen Arbeitern etwa ein Fünftel durch Tarifverträge unmittelbar gebunden sein.

Nach den Zahlen der Betriebsstatistik vom 12. Juni 1907 sind die polygraphischen Gewerbe mit 50,8 p^t. sämtlicher beschäftigten Personen am meisten tariflich gebunden. Dann folgen das Baumgewerbe mit 46,9, die Holzindustrie mit 29,5, das Bekleidungsgewerbe mit 26,2, die Federindustrie mit 22,6, das Verlehrsgewerbe mit 21,7, die Papierindustrie mit 21,3, die Gruppe Nahrgut- und Gemüsmittel mit 15,7 und die Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie mit 12,1 p^t. In den übrigen Gruppen sind die Prozentzahlen bedeutend niedriger. Unter Ausschaltung der weiblichen Arbeiter, die nur in geringem Umfang an den Tarifverträgen beteiligt sind, ergeben sich folgende Prozentzahlen: im Polygraphischen Gewerbe 66,9, im Bekleidungsgewerbe 50,0, im Baumgewerbe 47,4, in der Papierindustrie 33,9, in der Holzindustrie 31,8, in der Federindustrie 26,2, im Verlehrsgewerbe 22,1, in der Gruppe Nahrgut- und Gemüsmittel 21,3 und in der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie 13,0 p^t.

In anderen Ländern wird noch sehr wenig auf dem Gebiete der Tarifstatistik geleistet. Für Großbritannien liegt eine solche nur vom Jahre 1910 vor, wonach zu ersehen ist, daß dort damals 2 406 000 Arbeiter tariflich gebunden waren, das sind 825 715 Personen mehr als in Deutschland 1912. Hitzen kommen allein 990 000 Personen auf die Gruppe Bergbau und Steinbrüche, ein Beweis dafür, daß die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Bergbau sehr wohl möglich ist. Auch das Verlehrsgewerbe und die Textilindustrie umfassen in Großbritannien bedeutend mehr Personen als in Deutschland. Im Bergbau-Gewerbe Großbritanniens bestehen Tarifverträge vornehmlich in den privaten Eisenbahnbetrieben. Dagegen haben in Deutschland das Baumgewerbe und das Bekleidungsgewerbe bedeutend mehr tariflich gebundene Personen zuzuweisen. Eine weitere Betriebsstatistik liegt nur von Schoden vor, wo am 1. Januar 1912 229 792 in Tarifbetrieben beschäftigte Arbeiter gezählt wurden, unter diesen im Bergbau 4144 Personen in 10 Betrieben. Man sieht, daß auch dort die Tarifgemeinschaften im Bergbau schon Eingang gefunden haben. Auch die chemische Industrie weist in Schoden eine absolut höhere Zahl auf, nämlich 8448 Personen gegen 5814 in Deutschland. Weitere Vergleiche mit anderen Ländern sind nicht möglich, da nur noch von Österreich und Frankreich Statistiken vorliegen, die sich über für letzteres Land nur auf die im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarife erstrecken, im letzten Falle nur auf die 1911 abgeschlossenen. In Österreich waren 1910 Tarifverträge im Bergbau ebenfalls noch nicht vorhanden.

Die meisten 1912 in Kraft getretenen Tarife, an denen die freien Gewerkschaften beteiligt waren, sind auf friedliche Weise ausgetragen, nämlich 75,9 p^t. 18,1 p^t. wurden infolge Streiks oder Ausschreitungen und 2,4 p^t. teilweise infolge Streiks oder Ausschreitungen abgeschlossen. 1911 war der prozentuale Anteil der friedlichen Abschlüsse niedriger, er betrug 75,1 p^t.

Die Arbeitnehmerseite sind fast stets Verbände die Vertragsabschlieben. Ungefähr der vierte Teil aller Vertragsabschläge sind aus Organisationen auf beiden Seiten abgeschlossen. Hierzu kommen allein 67,3 p^t. der in Tarifbetrieben beschäftigten Personen in Betracht. Die meisten Tarife sind Konsenstarife, 72,7 p^t. aller. Auf die Besitztarife kommen 14,3, auf die Ortsstarke 12,9 und auf die Reichstarke nur 0,1 p^t. der Tarife. Nach der Personenzahl rangieren die Besitztarife mit 50,2 p^t. an erster Stelle, dann die Konsenstarife mit 25,6 p^t, die Ortsstarke mit 18 p^t. und die Reichstarke mit 5,1 p^t. Das die letzteren in der Zukunft größere Bedeutung gewinnen werden, erhellt daraus, daß neben den 11 Reichstarifgemeinschaften 200 Tarife auf einem zentralen Vertragsschluß der Tarifgemeinschaft beruhen.

55 p^t. der in Tarifbetrieben beschäftigten Personen sind in Tarifgemeinschaften, die für mehr als 100 Personen gelten. Die Tarife, die 11,2 p^t. der tariflich gebundenen Personen auf die

Tarifgemeinschaften entfallen, die Geltung haben für Betriebe mit durchschnittlich über 100 beschäftigten Personen, beweist, daß auch in Großbetrieben die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses Eingang gefunden hat. Der prozentuale Anteil der Großbetriebe wird in Wirklichkeit bedeutend höher sein; denn die Durchschnittsberechnung ergibt ein um so niedrigeres Resultat, je mehr Kleinbetriebe neben Großbetrieben in einer Tarifgemeinschaft sind. Mit 4730 beschäftigten Personen steht eine Stuttgarter Firma an der Spitze der Großbetriebe. Außer dieser der Metallindustrie angehörenden Firma sind in dieser Industriegruppe noch 6 weitere Firmen aufgeführt, die mehr als 1000 Arbeiter beschäftigen. Derartige Firmen sind seltener noch zu finden: in der Papierindustrie 2, in der chemischen Industrie, im Handelsgewerbe, in der Nahrungsmittelindustrie und in der Textilindustrie je eine.

Nur 4,4 p^t. der beschäftigten Personen entfallen auf Tarifgemeinschaften mit einer Dauer des Vertrages bis zu einem Jahre 12,8 p^t. auf solche mit über 1–2 Jahren, 54 p^t. auf solche mit über 2–3 Jahren und 28,8 p^t. auf solche mit über 5 Jahren Vertragsdauer. Still schweigende Verlängerung des Tarifvertrages bei Ablauf ist in 745 Tarifgemeinschaften mit Geltung für 785 829 Personen vorgesehen. Als Kündigungsfrist des Tarifvertrages ist am meisten über 1–3 Monate festgelegt; dasselbe trifft auf die Unterhandlungsfristen zu. Je größer die Tarifgemeinschaften sind, um so länger sind in der Regel die Vertragsdauer sowie die Kündigungs- und Unterhandlungsfristen.

Mitteilungen aus dem Beruf

Das Zigarettenmonopol vor dem badischen Landtag. In der ersten badischen Kammer wurde vor einigen Tagen die Einführung eines Zigarettenmonopols angezeigt. Der Finanzminister Dr. Heimboldt antwortete darauf:

„Als zum letzten Male (im Jahre 1908) im Reichs- schaftamt die Frage einer höheren Besteuerung des Tabaks geprüft worden sei, sei festgestellt worden, daß bei der weitesten und vielgestalteten Tabakindustrie im Deutschen Reich die Einführung eines Tabakmonopols ausgeschlossen sei. Dieselben Bedenken bestehen gegen ein Zigarettenmonopol. Seitdem das Zigarettensteuergesetz besteht, habe die Zigarettenindustrie in Deutschland einen solchen Aufschwung genommen, daß es heute ohne sehr große Aufwendungen kaum mehr möglich sein werde, all die vielen kleinen und großen Unternehmungen auf den Staat zu übernehmen und in ein staatliches Monopol umzuwandeln. Daß der Tabak schlechthin eine höhere Belastung als bisher ertragen könne, sei richtig; das zeige auch die ganze Entwicklung der Tabakindustrie seit der letzten Steuererhöhung.“

Im Moment interessiert uns hauptsächlich der seitgedruckte Satz in der Rede des Ministers. So etwas sagt ein badischer Minister, dem doch die Lage nicht nur der badischen, sondern der Tabarbeiter überhaupt bekannt sein sollte! Weiß der Herr Minister nichts davon, daß Herr Oberregierungsrat Dr. Pittmann festgestellt hat, daß bei den badischen Tabarbeitern ein Rückgang der Lebenshaltung zu verzeichnen ist, indem die Differenz zwischen Preissteigerung und Entlohnung sich zu ungünstigen Entwicklungen erweitert hat? Und nun erst die Lage der Tabarbeiter in anderen Gegenden! Der Tabak schlechthin ist in einer Weise belastet, daß die Tabarbeiter dabei Hungerpotenjaugen müssen, Herr Minister!

Der Tabaktrust vor dem sächsischen Landtag. Die fortschrittliche Volkspartei hatte in der zweiten sächsischen Kammer eine Interpellation eingebracht, die in ihrem zweiten Teil folgendermaßen lautete: „Welche Maßnahmen geben die Königliche Staatsregierung in die Wege zu leiten, um den Auswüchsen der Trustbildung entgegenzuwirken?“ Die Interpellation richtete sich selbstverständlich gegen den englisch-amerikanischen Tabaktrust. Um sich scheinen die Fortschrittkräfte gegen Trusts nichts einzuhauen zu haben, denn ihre Anfrage richtete sich nur gegen die Auswüchse des Trusts. Wo dieselben anfangen und aufhören, ist auch in der Begründung nicht gesagt worden. Wir dürfen wohl vermuten, daß es als ein Auswuchs beim Tabaktrust angesehen wird, daß am ersten Anfang eine Kapitalisten dahinter stecken. Bis jetzt hat man nämlich noch keine Gelegenheit genommen, gegen die übrigen Trusts Stellung zu nehmen. Der Kapitalismus wird auch kaum das Bedürfnis haben, sich in seiner Entwicklungsmöglichkeit fören zu lassen. Die Interpellation wurde von dem Abg. Günther (Fortschr. Bp.) begründet. Der Redner fordert eine energische und rücksichtlose Bekämpfung der Auswüchse der Trustbildungen. Selbsthilfe reiche hier allein nicht aus, weshalb die Gesetzgebung eingreifen müsse, denn es handle sich hier um Aufrichtung einer wirtschaftlichen Gewaltsherrschaft, um Blutsauger am Wirtschaftsleben der deutschen Nation. Der Minister Graf Bischum erklärte, daß die sächsische Regierung sich ihrer Pflicht bewußt sei, an dem Kampfe gegen die Auswüchse der Trustbildungen teilzunehmen. Gegen den Tabaktrust gingen die Interessentenkreise schon auf dem Wege der Selbsthilfe vor. Die Regierung müsse sich verfügen, näher darauf einzugehen, weil es zu einem gerichtlichen Verfahren gelommen sei, das noch schwiebig. Auch beständen Befürchtungen, daß es noch in anderen Industrien zu Trustbildungen komme. Die Regierung versorge diese Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit und werde ihnen entgegenzutreten versuchen. Abg. Fleicher (Soz.) betonte, daß den Trusts mit gesetzlichen Maßnahmen nicht beizukommen sei; sie seien die Folgeerscheinungen unserer entwidmeten kapitalistischen Wirtschaftsform. Zweifellos zeitigten die Trusts eine Reihe schlimmer Folgeerscheinungen, rein wirtschaftlich genommen, sind sie eine bessere Organisationsform; sie bringen neben den Nachteilen auch mancherlei Vorteile. Für die Allgemeinheit seien sie allerdings in ihrer Höchstleistung schädlich. Würde nicht die Arbeiterbewegung überall in so rücksichtloser Weise bekämpft, dann würde auch in ihr ein Kampf gegen die Tabaktruste stattfinden. Ein, der lebhafte Anteil an der Bekämpfung der Trusts nehmen würde. Das stimmt!

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Da leben die Menschen von der gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter hinein. Das ist Beobachtung geworden, erhebt darauf, daß neben den 11 Reichstarifgemeinschaften 200 Tarife auf einem zentralen Vertragsschluß der Tarifgemeinschaft beruhen. Es gibt 1000 Tarife, die für mehr als 100 Personen gelten. Die Tarife, die 11,2 p^t. der tariflich gebundenen Personen auf die

selbst noch manche Arbeiter daran, daß sie bis an ihr Lebensende sichere Arbeit haben, wenn sie ihre Schuldigkeit tun. Ein treffendes Beispiel, wie wenig Rücksicht die Unternehmer auf ihre Arbeiter nehmen, können wir heute aus Bremen berichten. Da ist die Firma Berlin & Roth, Hagedorn & Co., die seit langer Zeit in Bremen-Hemelingen einen Betrieb unterhält. Kürzlich nun wurde acht Arbeitern die Mitteilung, daß sie sich nach anderer Arbeit umsehen mühten, die Firma könne sie nicht mehr beschäftigen. Um das Vorgehen der Firma richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß die Kollegen, die nun in die Welt geschickt werden, dort meistenteils ein Menschenalter lang gearbeitet haben. Einer hatte „nur“ 18 Jahre dem Betrieb seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, bei den übrigen waren es 28, 30, 37, 39, 46, 48 und 52 Jahre. Nun können die alten Leute sehen, wo sie bleiben. Die Firma aber ist modern und ist dem Zug der Zeit gefolgt; sie hat selbstverständlich Filialen an billigeren Arbeitsplätzen. Dort leben jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen und machen die berührten Bremer Bürger, von denen man häufig in der Bremer Gitterstrukturverammlung so schön redete. Ja, ja, es ist wirklich keine Lust, heutzutage Tabarbeiter zu sein! Wir möchten für diesen Fall keine variieren: Nun, Bruber, häng' den Schnapsack um, bist beim Tabal gewest!

Zu dem Vorgehen der christlichen Tabarbeiter in Unterbaden. Auf einer am 1. März in Heidelberg tagenden Bezirksskonferenz des christlichen Tabarbeiterverbandes ist beschlossen worden, die Bewegung für beendet zu erklären. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 1. März in Heidelberg tagende Bezirksskonferenz des Centralverbandes christlicher Tabarbeiter bedauert, daß sich der Unterbadische Zigarettenfabrikanten-Verband, Sitz Mannheim, zu den von der Bezirksleitung im Auftrage der Arbeiter eingetragenen Forderungen bisher ablehnend verhalten hat. Diese Haltung ist in Akzeptanz der gebrüderlichen Lage der Tabarbeiter sehr zu bedauern.

Die bisher in der Bewegung gemachten Erfahrungen zeigen, welche schwere Verantwortung die noch so zahlreichen unorganisierten Tabarbeiter durch ihr Fernbleiben vom Verband auf sich laden. Dieses Verhalten wird von den Fabrikanten benötigt, um der Dessenlichkeit gegenüber zu betonen, der größere Teil der Tabarbeiter sei gegen die von uns angestrebte Besserung der jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dieser Auffassung ist auch im Bericht der Mannheimer Handelskammer Ausdruck verliehen worden. Wir erwarten daher, daß die unorganisierten die Lehren der jüngsten Bewegung beherzigen und durch ihren Beitreit zum Verband mithelfen, die gestellten Forderungen zu verwirklichen. Alle Verbandsmitglieder aber fordern wir auf, an der Erreichung des Ziels durch unausgesetzte, immer wieder neu eingehende Werbearbeit mitzuwirken.

Angesichts des schlechten Organisationsverhältnisses der Zigarettenarbeiter beschließt die Konferenz, gegenwärtig von einer Weiterführung der allgemeinen Bewegung abzusehen. Da die Konferenz aber ausdrücklich feststellt, daß der Fabrikantenverband seine ablehnende Haltung lediglich mit der andauernd ungünstigen Konjunktur begründet hat, ohne die Berechtigung der gestellten Forderungen in Übereinstimmung zu stellen, wird die Bezirksleitung aufgefordert, die gegebenen Zeit die allgemeine Bewegung wieder aufzunehmen.

Zur praktischen Gegenwartsarbeit beschließt die Konferenz, im Sinne der vom Referenten vorgeschlagenen Richtlinien unausgesetzt an der Fortsetzung der Tabarbeiter nach Maßgabe der jetzigen Zeit aufgestellten — nach wie vor berechtigten — Forderungen zu arbeiten und höchstens dabei auf die Unterstützung der weiteren öffentlichen Forderungen zu verzichten. Für die Tabarbeiter selbst gibt es kein Mittel mehr von dem Entschluß, eine Aenderung in den bisherigen Verhältnissen herzuführen. Dieses Streben muß von jetzt ab zum Mittelpunkt des Denkens und Handelns aller Tabarbeiter werden, bis das Ziel erreicht ist.

Für die christliche Tabarbeiter-Zeitung. Die christliche Tabarbeiter-Zeitung wundert sich darüber, daß wir in unserem Artikel „Der badische Landtag und die Tabarbeiter“ in Nr. 10 unseres Blattes anerkannten, daß die Debatte der 2. Kammer über die Lage der Tabarbeiter von Vorteil sei, indem sie die Bevölkerung zwinge, sich mit den Dingen zu beschäftigen und den Behörden ins Gewissen rede. Das christliche Blatt meint, dieser Standpunkt vertrage sich nicht mit unserer schwankenden Haltung in Sachen der christlichen Lohnbewegung in Baden. Aber verächtliche Christen, das ist ein Irrtum! Wir haben von Anfang bis zuletzt uns in der denkbar deutlichsten Weise für die Forderungen ausgesprochen. Anders könnte es ja auch nicht sein, wenn wir unsere Pflicht nicht versäumen wollten. Erst in der letzten Phase der „Bewegung“, und zwar auch erst, nachdem man uns angerempelt hatte, haben wir zum Ausdruck gebracht, was wir mit Rücksicht auf die Haltung der christlichen Organisation zu sagen hatten. Soweit aber die christliche Organisation die öffentliche Meinung zugunsten der Tabarbeiter beeinflussen will, werden wir stets mit ihr übereinstimmen; denn auch wir betätigen uns ständig in derselben Weise. Darum hat es sich auch bei unserer Fertil gar nicht gehandelt, sondern um die Frage: War es zweckmäßig, unter Versäumung aller Umstände in diesem Augenblick die Forderungen generaliter an den unterbadischen Fabrikantenverband zu richten, bei dem man eine runde Absage erwarten mußte? Mag sein, daß das christliche Blatt dieses nicht auseinanderhalten kann und deshalb von „schwankender Haltung“ bei uns redet. Der nunmehr offizielle Abschluß der „Bewegung“, wie er in Heidelberg gefunden wurde, könnte uns ja reichen, noch einiges zu der Sache zu sagen, doch da wir in der Hauptzache unsere Meinung gesagt haben, verzichten wir darauf.

Was sind echte Havannazigarren? Ein sowohl für die Zigarettenindustrie als auch für weite Kreise der Raucherwelt recht interessanter Prozeß um die Bezeichnung „echte Havannazigarren“ beschäftigte kürzlich das Reichsgericht. Mit der Bestätigung eines Urteils der Oberlandesgerichts Hamburg hat das Reichsgericht ausgesprochen, daß als „echte Havannazigarren“ nur solche Zigaretten angepriesen werden dürfen, die in Havanna selbst hergestellt sind, nicht aber solche, die in Deutschland fabriziert sind, wenn sie auch teilweise aus Havannatabak bestehen und ein Havannadeckblatt haben.

Das Urteil im Falle Reinkle. Wie wie seinerzeit berichteten, hatte der Kässierer des Verbandes der Zigarettenfabrikantenhaber, Sitz Hamburg, F. M. Reinkle, das gesamte Vermögen des Verbandes im Betrage von 23 496,89 M. veruntreut. Reinkle ist nun zu acht Monaten Gefängnis, unter Abrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt worden.

Von der spanischen Tabakregie. Die spanische Tabakregie erzielte im Jahre 1913 eine Einnahme von 224,6 Millionen Pesetas (1 Peseta = 80 S); der Neingewinn bei dieser Einnahme war 160,1 Million Pesetas. Bei dem Stempelpapier betrug der Neingewinn 98,3 Millionen Pesetas, davon erhält der Staat 94,4 Millionen.

Kampf unserer amerikanischen Kollegen gegen die Hausharbeit. Auf der Insel Porto Rico ist die Zigarrenhausarbeit lebhaft im Schwange. Wie wir nun in unserm amerikanischen Bruderblatte lesen, soll künftig ein systematischer Kampf gegen die Hausharbeit auf Porto Rico geführt werden. Mit Recht befürchten die Zigarrenarbeiter der Vereinigten Staaten durch diese Hausharbeit eine unliebsame Konkurrenz, hervorgerufen durch die billigeren Wöhne.

Bewegungen im Beruf.

Halle a. d. S. Der infolge von Lohndifferenzen ausgeborene Streit bei der Firma Barthel & Naefer dauert unverändert fort. Vor Zugang von Zigarrenmachern und Zigarrensortierern wird gewarnt.

Beersfelden i. Odenwald. Die Firma M. Oppenheimer beabsichtigt, die Löhne der Zigarrenmacher zukürzen. Die angekündigten Lohnabzüge betragen 1 M und mehr pro Mille. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Lübeck i. Westf. Die Firma Schäfer & Hartgen (Sitz Bremen), die neuerdings auch für die Firma Heino Bückler Zigarren sortiert, zahlt hierfür Löhne, die den geltenden Lohnsätze in den anderen Betrieben nicht entsprechen. Die Zigarrensortierer fordern die Gleichstellung der Löhne, infolgedessen die Löhne bei einem Gehntel Packung um 10 S , bei einem Zwanzigstel Packung um 20 S und bei einem Vierzigstel Packung um 30 S pro Mille zu erhöhen sind. Die Firma ließ die Lohnneingabe der Sortierer unbeantwortet, worauf leichtere die Kündigung erreichten. Weitere Versuche, eine Einigung herbeizuführen, blieben ohne Erfolg, so daß es zur Arbeitseinstellung kam. Vor Zugang von Zigarrensortierern wird streng gewarnt.

Altona a. d. Elbe. Von der Firma Langhans & Fürgen sen wurde die Einrichtung getroffen, wonach die Zigarrenmacher die fertiggestellten Zigarren in links- und rechtsgerollte legen und abliefern sollten. Für diese Mehrarbeit verlangten die Zigarrenmacher einen Lohnzuschlag von 1 M pro Mille. Angesichts dieser Forderung, die nachdrücklich vertreten wurde, verzichtete die Firma auf die Einführung der Neuerung.

Hamburg. Die Firma Wih. Simons erklärte sich bereit, den für Hamburg festgesetzten Minimallohn zu zahlen. In der eingeleiteten Verhandlung wurden die Löhne auf 11,25 M bis 20,50 M pro Mille bei freier Zugriffestellung festgesetzt. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Norwegen. Infolge des Streits der Zigarrenmacher in Kristiania ist es nunmehr zu der angekündigten Aussperrung aller Mitglieder des Tabakarbeiterverbundes in Norwegen gekommen. Insgesamt 90 Prozent der Mitglieder dieses Verbandes sind an der Aussperrung beteiligt. Vor Zugang von Zigarrenmachern und Zigarrensortierern nach Norwegen wird streng gewarnt.

Wie stellen sich die Sortierer zu den neuen Pressverfahren?

Diese Frage ist in letzterer Zeit schon vielfach in Versammlungen besprochen und immer habe ich gefunden, daß bei allen Neuerungen wir, die Sortierer, die Vereinigungen waren. Der Kollege B. wünscht, daß auch mal ein leitender Fachmann sich zu dieser Frage äußere. Dies wird wohl schwer halten, weil die leitenden Fachleute im Tabak-Arbeiter sich nicht dazu äußern; in anderen Zeiten jedoch lassen sie ihr Licht leuchten. Ich bin nun in der Lage, einen solchen leitenden Fachmann sprechen zu lassen. In der „Hohen Warte“, einer Beilage der „Werke“ der Werke-Zeitung, lädt sich der Herr wie folgt aus, nachdem er den Herren Werkeleuten vor Augen führt, was ein Sortiermeister zu tun hat unter anderem, daß er keine zu trockenen Zigarren zum Verpacken gibt, weil sie dann brechen, daß er darauf zu achten hat, daß die zum Binden der Zigarren benötigten Tücher gleichmäßig angefeuchtet sind, sonst bekommen die Zigarren, wenn dies nicht gleichmäßig geschichtzt, durch zu feuchte Stellen Wasserfleck. Das Sorgfalt der Sortierer lasse viel zu wünschen übrig. Dann bespricht der leitende Fachmann die Vorzüglichkeit verschiedenster Pressarten, insbesondere der Woerner-Presse und der Preßkästen von Herzog, benannt mit den hochländischen Namen wie Blüthklotz und wie sie alle heißen mögen. Ich will nun wörtlich zitieren, wie es in der „Hohen Warte“ gestanden hat:

Zum Bündeln bediene man sich verstellbarer Bündelsäcke, deren Seiten- und möglichst auch deren Rückwand aus das zu bündelnde Zigarettenfasson einstellbar sind. Die meist sibischen Bündel (7 zu 50 Stück werden je nach Fasson der Zigarren verschieden gelegt) und zwar 6 (Spiegel) 7, 8, 8, 7, 8 unter die Füße oder 6, 7, 8, 9, 8, 7, 8. Unter den Bündelsäcken legt man beides Vermeidung von Verklebungen ein dünnnes welches Kartonsstückchen. Vom Preßkasten zum Preßnen der Bündel — das dreite Eindrücken in Fässchen ist unzweckmäßig — erzielen vielfache Konstruktionen. Man möchte annehmen den sogenannten Kreisdruckkästen und denjenigen, deren Preßwangen seitlich mittels Schraubentaschen verstellbar sind.“

Erstere haben den Vorteil, daß der Seiten- und Höhendruck gleichzeitig und festsitzig eintritt, aber den Nachteil, daß man selbst mit verschiedenen Eindrückungen an bestimmte Maße gebunden ist. Diesen Nachteil vermeidet der auf den Marktsetzte einstellbare Schraubenlasten, aber er hat den Nachteil, daß der Seitendruck während des Höhendrucks sorgfältig von der Hand reguliert werden muß.

Die von der Firma „Deutsche Woerner-Werke“ konstruierten Preßkästen vereinfachen diese Regulierung dadurch, daß die Schraubenlasten durch Gelenkkisten miteinander verbunden sind und somit beide Mädchen die Schrauben gleichmäßig vorrücken.“

Bei sogenannter loser Packung hat man meistens auch das seltsame allgemeine übliche Eindrücken in die Fässchen zugunsten der Benützung der Preßkästen verlassen. Das erste, sehr zeitraubende Verfahren, ist heute wohl nur noch teilweise in Hamburg usw. üblich. Für die jetzt vielfach moderne Spiegelprägung ist es überhaupt nicht anwendbar. Die Konstruktion der Preßkästen (für Zwanzigstel- und Vierzigstel-Millimeter) ist neuerdings erheblich verbessert worden. Die neuesten Bauarten lassen sich sowohl seitlich als auch

in der Höhe genau auf jedes Maß einstellen, so daß die Männer nicht genötigt sind, überall einstellbare Bündelsäcke einzubringen. Einige Konstruktionen lassen sich sowohl für lange Packungen von 4 Fässchen 18, 18, 18, 18, als auch für kurze Spiegelprägung 8 Fässchen 8 Fässchen verwenden und halten das Brechgut mittels Klammern festsitzig unter Druck. Man vermeide aber bei Anwendung von Preßkästen die alten komplizierten Modelle, da solche bei seitigem Gebrauch häufig nachgehen und ungenaue Arbeit liefern. Vor allem aber soll der Preßdruck nicht zu schnell, sondern allmählich in Zeitabständen von mindestens einer halben Stunde gegeben werden. Werden die Zigarren, gleichviel ob gebündelt oder lose gepackt, mit einem einzigen Druck auf das Fässchen zusammengepreßt, so werden die oberen Fässchen zu glatt, die mittleren Fässchen zu wenig gepreßt, denn nur bei stufenweisem Pressen pflanzt sich der Druck auf alle Fässchen gleichmäßig fort. Die ungleichmäßige Wirkung des zu schnellen Pressens wird teilweise durch die Woerner-Presse aufgehoben, da bei diesen seitlich eine scherartige Verbindung angeordnet ist, vermöge deren der Druck nicht nur von oben, sondern gleichzeitig von oben und unten ausgeübt wird. Diese Presse sind aber wegen der großen Anschaffungskosten nur in großen Betrieben in Gebrauch.“

So, Kollege B., nun hast du ein Urteil eines leitenden Fachmannes; bist du nun zu Frieden? Ich glaube nicht. Und ich will dir sagen, warum du nicht Frieden bist. Du vermisst bei allen Vorschlägen der Neuerungen den Vorteil, den der Arbeiter haben soll; und der fehlt bei dem Druck für die Pressearbeiten bei Zigarren für den Fabrikanten, aber von dem Arbeiter ist nie die Rede. Solche Urteile angeblich Leitende Fachleute können uns nichts nützen. Wenn man ferner bei dem Ertrag des Herrn bedenkt, welche Umstände beim Verpacken für den Sortierer beim Benutzen der Presse herauspringen, da muß ich wirklich sagen: Vorstehende Kollegen, bei Einführung von Neuerungen! Ich stehe gewiß nicht auf dem Standpunkt, daß Neuerungen nicht eingeführt werden dürfen, aber es sollen damit auch Vorteile für den Arbeiter verbunden sein; und das kann man nach den Vorschreibungen des Herrn für die Woerner, Herzog- und wie die Presse alle heißen mögen nicht sagen.

Einige Kleinigkeiten will ich zunächst ansprechen: Die Verwendung der verstellbaren Bündelsäcke ist wahrhaftig keine Neuerung jüngsten Datums, so daß es überflüssig ist, diese anzuführen; ebenso wenig das Unterlegen von Kartonscheiben. Dann freist der Herr die Kreisdruckkästen. Aber, sagt er, sie haben den Nachteil, daß man sich selbst beim Einlegen verschiedener Eindrückbretter bedienen muß. Ja, wer hat denn hier von die Arbeit, der Sortierer oder der Fabrikant? Gedanklos der Erste.

Dann der Vortrag des Schraubenlasten. Aber auch dieser hat den Nachteil, daß man mit der Hand den Höhendruck so gänzlich regulieren muß. Wo ist denn hier wiederum der Vorteil für den Sortierer? Und nun erst gar die Woerner-Presse! Sie ist das Monstrum der Vollkommenheit; damit kann man alles machen, Höhen, Seiten, oben und unten Druck; und sogar die neuen Spiegelpressen können damit zu machen. Aber, sagt der Verfasser, man darf nur die Presse nicht mit einem einzigen Druck pressen, weil dann die oben geschilderten Nachteile, ungleiche Presse, eintreten, nur langsam von einer halben zu einer halben Stunde muß zugepreßt werden!

Das Einlegen der Zigarren wird nun, wegen der damit zu erbrachten Zeit, ganz und gar verwarf. Wer sagt denn aber dem Verfasser, daß dieses zeitraubend ist? Hat er schon einmal mit diesem System gearbeitet? Ich zweifle daran. Auch die Behauptung, daß nach dieser Art wohl nur noch in Hamburg gearbeitet wird, zeigt von wenig Kenntnis. In ganz Deutschland arbeitet man nach dem Hamburger System, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde: weil sich nicht jede Zigarette in Preßkästen oder in sonstigen Presse pressen läßt. Die Zigarette muß sowohl von dem Zigarrenmacher nach der Art des Tabals und des Fassions behandelt werden, ebenso ist es bei der Presse. Die Zigarette läßt sich nicht schemenartig einpressen, wie Butter oder Brotteig; und wo es versucht wird, wird man doch wieder dazu kommen, das Stielchen in Fässchen einzufüllen. Die Erfahrungen, die bis dato gemacht sind, haben in vielen Fällen dazu geführt, das einfache Verfahren wieder einzuführen, weil durch die neuen Presse die Zigaretten nicht die Behandlung erfahren, die sie haben müssen. Über will man bestreiten, daß durch das direkte Pressen in Fässchen die Zigaretten ein besseres Aussehen erhalten. Durch ein langsameres Pressen in Fässchen lehnt sich die eine Zigarette an die andere an; der Spiegel und die Rüschenlagen werden besser geprägt, als es bei den Neuerungen der Fall ist. Das angeblich zeitraubende Einpacken in Fässchen wird durch die vielen Nebenarbeiten bei den neuen Presse vollauf aufgehoben.

Ein Fachmann soll beurteilen, meint der Kollege B., er sei geeignet, das Gutteil herauszufinden. Ja, sind wir nicht Fachmann genug, um sagen zu können, dies und jenes ist für beide Seiten praktisch, denn erstmals kommt für uns das praktische — seine Eindrücke zu erleben — in Frage; und da sind die sogenannten Fachmänner nicht in der Lage, urteilen zu können. Allerdings können sie es zu können; sie machen sich oftmals sogar an, alles zu wissen. Ein Sortierer, was kennt der davon. Der bekommt eine Partie, ob er aber damit weiter kommt, das überläßt man uns, dem Fachmann, der alles weiß. Diese Art Auffassung glaube ich an dem geschilderten Fachmann bewiesen zu haben.

An euch, Kollegen, richte ich die Mahnung: Seid vorsichtig mit eurem Urteil bei Einführung sogenannter Neuerungen! Habtacht, daß Neuerungen nicht zu eurem Nachteil eingeführt werden! Besprecht mit euren Kollegen alles, was von euch gefordert wird, auch in rosigstem Lichte geschildert wird! Und dann entscheidet nach reiflicher Prüfung!

Die Praktiken der Gelben.

Zu welch eigenartigen Mitteln über der Verein von 1888 ist die gelbe Organisation Hamburger Zigarrensortierer) greifen, um ihre bedrohte Vorzugsstellung zu sichern resp. zu erweitern, zeigt eine Begebenheit, die sich unlängst bei der Firma C. J. Klein abgespielt hat.

Während des letzten Sympathietrecks arbeiteten eine ganze Reihe über bei obiger Firma. Der besondere Umstand wegen wurde auf gute Arbeit nicht allzu viel Gewicht gelegt. So wurden denn ausnahmsweise hohe Wochenlöhne erzielt. Nach Beendigung des Streiks glaubte man, der gefestigte Rauscheiderstand wegen, in demselben Weise weiter arbeiten zu können. Die Firma, resp. die Meister, drangen jedoch auf gute Sortierung. Infolgedessen auf der Verdienst auf das Normale zurück, er stand auf gleicher Höhe mit dem der Verbundsortierer. Da der Meister auch sonst bei der Ausgabe der Partien usw. strengste Unparteilichkeit wolle, sah man sich in bezug auf die erhöhte Vorzugsstellung gescheitert. Trotzdem sich man es an kleinen Mitteln, sich in einer selbständigen Erinnerung zu bringen, nicht schenken. So wurde unter anderem ein Verbundstelle, der sich aufsässig der Gemeinbediensteten und ungünstig über den Kandidaten der über aussieht, sofort beim Meister denunziert. Als aber alles das nichts half, kam man auf eine „geniale“ Idee.

Anfang Oktober ließ bei der Firma ein anonymes Schreiben, unterzeichnet „Mehrere 80“ ein. In diesem Schreiben wurden die in der Sortiererei beschäftigten Zigarettenarbeiter, ja sogar der Meister selbst, des Sympathisierens mit den „Roten“ bezichtigt. Offenbar hoffte man, die Betreffenden aus ihren Stellungen zu drängen, um diese Posten mit Sternen belegt zu sehen. Lange blieb der Schreiber dieses Briefes unbekannt, bis es sich vor kurzem herausstellte, daß es sich um den Delegierten der über handelte. Da die im Brief enthaltenen Behauptungen sich als unwahr erwiesen, wurde er sowohl wie ein anderer über, der sich der Mitarbeiterchaft dringend verdächtig gemacht hatte, sofort entlassen.

Der Vorstand und der Ausschuß des über Vereins nahm sich der Angelegenheit an. In einer Sitzung forderte hr. Seeland, das ist der Name des Betreffenden, seine Kollegen auf, sich zu dem Schreiben zu bekennen. Die in dem Briefe geäußerten Anschuldigungen seien doch die nämlichen, die sie schon so oft ausgesprochen hätten.

Über alles blieb still. Nur einer, der schon vorher erwähnte mit ihm gleichzeitig entlassene Sortierer, hielt zu ihm und erklärte, auch schon vorher von dem Schreiben gewußt zu haben. Daß allen anderen Sortierern das Schreiben unbekannt war, Klingt um so unwahrscheinlicher, als es doch allgemein bekannt ist, daß gerade während der betreffenden Zeit die über Tag für Tag auf dem Dach der Fabrik Zusammenkünfte abgehalten haben. Da schon zwei ihrer Kollegen ihre Arbeitsstelle verloren hatten, hielt man es wohl für richtig, den Mund zu halten.

Wenn also auch jeden Sortierer das Vorhaben nicht geglaubt ist, so sieht man doch, daß ihnen kein Mittel zur schlecht ist, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Und wie könnte es auch wohl anders sein! Aufrichtige, sich ihrer Arbeitslast und ihrer Arbeitsertheile bewußte Männer werden nie und nimmer auf solche Mittel verzfallen. Ihnen gilt der harte oder ehrliebige gewerkschaftliche Kampf als Mittel zur Besserstellung ihrer sozialen Lage.

B. Ramcke.

Geschäftsbericht der Zahlstelle Hamburg-Altona für das Jahr 1913.

(Fortsetzung.)

Auch der Krankenstand war ungewöhnlich hoch, und wenn man bedenkt, daß der Gesundheitszustand der Tabakarbeiter immer schon recht ungünstig war, wird es begreiflich, daß dieser durch große Arbeitslosigkeit, deren Folge noch größere Not und Entbehrungen ist, noch ungünstiger werden muß.

Es meldeten sich 849 Mitglieder krank. Die Zahl der Krankheitstage beträgt 20 256, wofür eine Unterstützung von 22 791,63 M aus der Verbandsklasse und 516,70 M an Zuschüssen aus der Sektionsklasse der Sortierer gezahlt wurde.

Die Gesamtsumme an Krankenunterstützung betrug demnach 23 308,35 M . Die beiden Unterstützungsarten erforderten im verlorenen Jahre allein in der Zahlstelle Hamburg-Altona:

Aus der Verbandsklasse 91 550,50 M ,

aus den Sektionsklassen 24 056,25

Summa 115 605,75 M .

Die im Hamburger Städtekomplex herrschende Arbeitslosigkeit zwang die Verwaltung und Sektionsleitungen, schon im Februar zu der Frage Stellung zu nehmen, ob es nicht in Abrechnung der ungünstigen Verhältnisse angezeigt sei, die Arbeitslosigkeit wenigstens insofern einzuschränken, indem der Zugang von fremden Kollegen verhindert wird.

Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß, daß unsere Kollegen, wenn sie die Absicht haben, abzureisen, in der Regel nach dem Auslande, besonders nach Dänemark und den skandinavischen Ländern gehen. Leider war es aber im vorigen Jahre nicht möglich, nach Dänemark abreisen zu können, da durch die Kündigung des Arbeitsvertrages seitens der dortigen Fabrikanten Dänemark gesperrt war und mit einem schweren Kampf nach Ablauf der Kündigungsklausur gerechnet werden mußte. Es war nicht nur nicht möglich, unsere Zahlstelle durch Vorzug nach Dänemark zu entlasten, sondern es war zu erwarten, daß die dortigen Kollegen in großer Zahl nach Hamburg kamen, wie es bei früheren ähnlichen Anlässen immer der Fall war. Dieses zu verhindern, hielten wir für unsere Pflicht, nicht nur im Interesse unserer Arbeitslosen, sondern auch, um die ev. nach hier reisenden Kollegen vor Schaden zu bewahren. Unser Antrag über Hamburg-Altona die Sperre zu verhängen, stand dann auch nach Berücksichtigung der Verhältnisse durch den Vorstand dessen Zustimmung. Die Sperre trat am 21. Februar in Kraft, und wollen wir konstatieren, daß in der ganzen Zeit, bis zur Aufhebung der Sperre, am 15. September, noch nicht ein halbes Dutzend Kollegen zu reisen scheinen. Erst gegen Ende des Jahres besserten sich die Verhältnisse, doch lag dies in der Hauptfläche daran, daß ein großer Teil unserer Kollegen auswärts, und nach Beendigung des Streiks in Dänemark in Arbeit trat.

Was die Tätigkeit unseres Arbeitsnachweises anbetrifft, so werden sich alle diejenigen Kollegen, welche die hiesigen Arbeitsverhältnisse nicht kennen, über die Zahl der Arbeitsergebnisse und der befreiten Stellen wundern. Man könnte leicht zu der Ansicht kommen, daß es doch verhältnismäßig leicht sei, Arbeit zu erhalten. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil der Fall, und beweisen diese Zahlen nur die große Unsicherheit und Unbeständigkeit in unserer Branche. Gegen bei einem Fabrikanten einige Bestellungen ein, wird angezeigt; ist die Partie fertig, werden die Arbeiter wieder entlassen. Auf dauernde Arbeit ist nicht zu rechnen und wird das Arbeitsverhältnis hier immer mehr saisonar.

In dem Arbeitsnachweis der Zigarrenarbeiter und Juristen (sll. Zigarrenarbeiter) gingen 1477 Besuche aller Gruppen ein. Arbeit erhielten durch den Arbeitsnachweis 889 männliche und 379 weibliche Kollegen. Von den männlichen waren 876, von den weiblichen 341 organisiert.

Die besetzten Stellen verteilen sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

	männlich	weiblich
Zigarrenarbeiter	6	1
Hilfsarbeiter	872	12
Zigarilloarbeiter	—	9
Hilfsarbeiter	—	3
Kolleginnen	—	3
Widmacherinnen	—	5
Juristen	6	840
Zigarrenarbeiter	4	1
Sonstige Arbeiter für Zigarettenfabriken	1	5
	889	379

Besetzt wurden 1268 Stellen; 209 Stellen konnten durch den Arbeitsnachweis nicht besetzt werden, da dies inzwischen anderweitig besetzt wurden. Man sieht an dieser Zahl, in welchem Maße immer noch die Arbeit unter der Hand vergeben wird; ganz zu schweigen von dem großen Arbeitswechsel, der gar nicht erst zur Kenntnis des Arbeitsnachweises gelangt. Dieses Verhalten eines Teiles unserer Hausarbeiter und Hilfsarbeiter ist entschieden nicht richtig. Der Arbeitsnachweis darf nicht umgangen werden, wenn wir die Interessen unserer Kollegen in jeder Beziehung wahren wollen. Ist es nicht ein Vorteil für die Mitglieder, wenn unsere Arbeitslosen in erster Linie in Arbeit kommen? Große Summen an Unterstützungen können

Von den 50 gemeldeten arbeitslosen weiblichen Kollegen sind 23 wieder im eigenen Berufe in Arbeit getreten, 7 sind zu anderen Berufe übergegangen oder sind überhaupt nicht mehr erwerbstätig. Nach einer Statistik, welche im Dezember 1912 und im Dezember 1913 aufgenommen wurde, ist die Zahl der beschäftigten Zigarettenfabrikanten um 26 in 64 Fabriken zurückgegangen. Diese Zahl beweist wohl zur Genüge, wie schlecht es mit unserem Gewerbe in Hamburg bestellt ist, und ist auch keine große Hoffnung vorhanden, daß es in absehbarer Zeit besser werden wird.

Im Gauarbeitsnachweis gingen 167 Besuche ein. Arbeit erhalten 155 Zigarettenarbeiter, 2 Zigarettenarbeiter, 2 Juristen und 1 Kaufhausspinner. 4 Stellen konnten nicht besetzt werden, da keine geeigneten Arbeitskräfte zur Verfügung standen und aus anderen Fabrikstätten im Gau keine arbeitslosen Mitglieder gemeldet waren. In 3 Fällen waren die Plätze schon besetzt, als unsere Kollegen ankamen.

Bei dieser Gelegenheit halten wir es für notwendig, nochmals auf die Beschlüsse der letzten Gaulandversammlung in Hamburg zu verweisen, und bitten wir dringend, jedes arbeitslos werdende Mitglied, sofern es nicht sofort durch die Ortsverwaltung untergebracht werden kann, sich auf dem Gauarbeitsnachweis zu melden. Ferner bitten wir die Bevollmächtigten, bei Arbeitsergebnissen immer den Lohn, der bei dem betreffenden Fabrikanten gezahlt wird, ebenso auch die Lohn- und Lohnerhöhungen anzugeben. Wünschenswert ist es, wenn alle Besuche überhaupt durch die Bevollmächtigten mitgeteilt werden und dieses nicht durch die Herren Fabrikanten geschieht. Viel Schreiberei wird dadurch erspart, und die Besetzung der Plätze erheblich beschleunigt.

Zu bedenken ist auch, daß es nicht immer möglich ist, die gemeldeten Plätze sofort zu befreien, sondern wird es oft einige Tage dauern, bis ein Arbeiter vermittelt werden kann. Vielen Kollegen ist es gar nicht möglich, abreisen zu können, und Durchreisende sind auch nicht immer vorhanden. Unzuträglichkeiten werden nicht ganz zu vermeiden sein, doch darf es nicht vorkommen, daß im Gauarbeitsnachweis gemeldete Plätze anderweitig besetzt werden, ohne Mitteilung hierzu zu machen. Abgesehen von dem vergndeten Fahrgeld, ist es doch auch eine unangenehme Enttäuschung für die betreffenden Kollegen, die gewöhnlich mittellos dastehen. Leider ist es in drei Fällen vorgekommen, daß Mitglieder für auswärtige Fabrikanten Arbeit annahmen, und als sie dort hinsaßen, war die Arbeit besetzt. Ebenso ist es zu verurteilen, wenn Kollegen Arbeit annehmen, sich auch die Nachweisscheine ausstellen lassen und doch nicht anfangen, wie es auch in einem Falle vorgekommen ist. In diesem Falle handelte es sich aber um einen unorganisierten und konnten wir nichts dagegen machen. Damit wir wissen, ob der Platz wirklich besetzt ist, muß dringend erfragt werden, die Arbeitsnachweisliste sofort nach Amtseintritt der Beschäftigung zurückzusenden.

(Fortsetzung folgt)

Berichte.

Gän. Die am 8. März stattgefandene Mitgliederversammlung beschloß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung der Verbands- und Volkskasse vom 4. Quartal 1913; Bericht und

Jahresabrechnung 1913; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung, des Kartelldelegierten und Arbeitsnachweisverwalters; 3. Anträge und Beschlüsse.

Kollege Klein legte die geprüften Abrechnungen vor. Die Verbandskasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 588,01 M. Von dieser Summe sind 400 M. an den Vorstand gesandt worden. Die Volkskasse bilanziert mit 351,69 M.; es besteht ein Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals von 306,13 M., wovon 308,58 M. auf der Sparkasse des Konsumvereins "Hoffnung" angelegt sind. Nachdem die von den Redaktoren durch den Kollegen Großdeß beantragte Entlastung einstimmig angenommen wurde, wurde noch der Wunsch ausgesprochen, fürdurchhin immer pünktlich die Beiträge zu entrichten, damit die Geschäfte innerhalb der Organisation prompt geführt werden können. Den Jahresbericht erstattete Kollege Klein. Aus diesem ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 6 Mitglieder, 1 öffentliche und 6 Betriebsversammlungen stattgefunden haben. Differenzen lagen bei einigen Firmen vor, die aber nicht alle zu unserer Zufriedenheit erledigt werden konnten, weil das Organisationsverhältnis ungenügend war. Eine Firma, welche Tarifbuch beginnt, wurde durch die Verhältnisse gezwungen, einen neuen Tarif abzuschließen, der auch eine Erhöhung der Löhne für die Zigaretten- und Zigarettenmacher brachte. Leider sei der Einfluss der Organisation auf die Cölner Verhältnisse nicht so, wie er sein könnte, wenn Indifferenzismus, Engstirigkeit und Feindseligkeit verschwände. Unsere Tarifbewegung muß mit allen Mitgliedern gefördert werden, vor allem durch Aufzettelung der übrigen Arbeitsgenossen, und zwar auf Grund des Dresdener Gewerkschaftsvertragsschlusses. Der Grundsatzz muß auch für uns gelten: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Wenn es uns gelungen ist, in den letzten Jahren bei einer ganzen Anzahl von Firmen durch Benutzung des Arbeitsnachweises ohne besondere Kosten für den Verband die Löhne von 7 M. auf 9 M. Minimallohn durchzuführen, warum sollte dies nicht möglich sein auch bei den andern Firmen? Die Kraft und Macht liegt nur in der Geschlossenheit der Arbeiterchaft selbst. Wäre diese bei unseren Kolleginnen und Kollegen bei den Firmen Foveaux und M. du Mont vorhanden, dann brauchten sie sich die Lohnabhängige und schmale Behandlungswise nicht gefallen zu lassen. Hier muß eine energische Tätigkeit im neuen Jahre entfaltet werden, damit diese Zustände beseitigt werden können. Darauf müssen alle Mitglieder mitarbeiten nach ihren Fähigkeiten. Wird nicht alles der Ortsverwaltung überlassen, dann wird es vorwärts gehen trotz aller Hindernissen. Im Arbeitsnachweis wurden 51 Arbeiter verlangt und zwar 44 Zigaretten-, 5 Zigarettenmacher und 2 Sortierer. Es meldeten sich 29 Mitglieder und 5 Unorganisierte. Eine Anzahl Stellen wurde von durchreisenden Mitgliedern besetzt. Dem Arbeitsnachweis muß von unseren Mitgliedern mehr Wert beigelegt werden, dann könnten noch ganz andere Verbesserungen durchgeführt werden. Eine geschlossene Phalanx ist notwendig gegenüber unseren Feinden ringsum. Die gedruckt vorliegende Jahresabrechnung der Verbandskasse ergibt eine Einnahme und Ausgabe von 1966,21 M., 1200 M. wurden an den Vorstand gesandt. Als überzeugte Gewerkschafter müssen wir jeden Groschen zu erbringen versuchen, damit unsere Kriegsfäste entsprechend fundiert ist, wenn es wieder zu größeren Kämpfen in der Tabakindustrie kommt. Daß diese kommen, bedarf keiner Frage, das beweist die Haltung der Fabrikantenverbände zu den berechtigten Lohnforderungen. Wir

wollen uns aber nicht in der Zukunft mit Almosen und guten Wörtern abspiesen lassen. Es gilt also für Ausbreitung der Organisation alle Kräfte zusammen zu sammeln. Nachdem die Ortsverwaltung zusammengelegt und der Kartelldelegierte bestimmt war, wurde dem neugewählten Vorsitzenden Kollegen Heinrich Böckenhauer beigegeben der Arbeitsnachweis übertragen, und zwar vom 1. April ab. Unter Beschiedenes wurde noch ein Antrag angenommen, daß hingehend, in Übereinstimmung der eigenartigen örtlichen Verhältnisse der neugewählten Ortsverwaltung aus der Volkskasse bis 6 M. vierteljährlich zu bewilligen. Zum Schluß wurden noch einige Abschiedsworte an den Kollegen Klein gerichtet.

Die Volksfürsorge.

Gewerkschafts-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft in Hamburg gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 M. abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 M. eine Sparversicherung nehmen und durch fortgeschreitende Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — ergezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aussichtsrats- und Vorstandsmitglieder ausgedehnt; der gesamte Überbruch nur der in Versichererten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. An allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbjährliche Prämienzahlung von 30,- M. an. Günstigste Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückausmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todestag mit abgekürzter Prämienzahlung. Die Versicherungsumme wird mit den angefahmten und um 3½ Prozent Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich ½ Prozent Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todestag und Erlebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todestag und Erlebensfall mit 10jähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Alterssteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Sparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung). Tarif Va: Rücksichtversicherung mit fallender Versicherungsprämie (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VI: Kindersparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Lustunf bereitwillig bei allen Rechnungsstellen bei allen Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbe auch Prospekte.

J. H. Koopmann, Bremen H. Edling

Fernsprecher 3948 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 460, 500 4.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt 160 4.
Sumatra-Umblatt und -Einlage (ostf.) 100, 110 4.
Java-Decker, dantel, 160, 220 4., hell 200, 220, 260, 280, 300, 320 4.
Java-Umblatt 140, 150, 160 4.
Java-Einlage 95 4., mit Umbl. 100, 105, 110, 120 4.
Vorstenland-Decker 160, 180, 200, 220, 250, 275, 300, 320 4.
Brasil-Decker 180, 210, 250 4.
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 130, 140, 150, 160, 170 4.

Rödelformen { neu und gebraucht in allen Größen von 50—150 4.
Schiffchen-Abdrücke verjüngt gratis und frisch.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7,50 M. Gummi-Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebefrost, per Pfld. 250 4. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, hell 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 4., Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 4. [9 freie per Pfund verzollt einschließlich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Hermeking & Boy

= Berlin, Brunnenstrasse 183 =

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen

Sumatra - Vollblatt - Decken

in den Preislagen von 230 bis 700 Pf. pro Pfund verzollt, wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne gefeuchte Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umblatt- u. Einlage-Tabaken

und bitten, bei Bedarf unsere Offeraten einzufordern.

Gebrauchte Wickelformen und Utensilien stets am Lager.

Rohtabak-Handlung

Hengfoss & Haak

Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.
Brunnenstrasse 25. [25]

Holsteiner Käse, Holländer

festig und saftig, reines Milchprodukt, Portionen netto 2 Pfld. M. 3,50 liefert ab hier unter Nachnahme

Heinrich Krogmann
Nortorf (Holst.) No. 682

Gebrauchte Formen.

Wegen Geschäftsausgleiche verfaule einzige Tannen vor zwei Jahren angelegte Formen von 50 4. an Abbildungen fehlen zu Diensten. Differenz mit Garnien a. b. Exped.

Gelesene

Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Carl Roland, Berlin 50

Kottbusserstrasse 4
Sumatra-Sticke, 2. Länge, M. 2.—
pro Pfnd. Sumatra-Vollblatt
4. 2,50, 3,20, 3,50, 4.—, 6,50 pro
Pfund. Vorstenland - Decke
M. 2,70, 2,10, 3,60, erste Länge,
pro Pfnd.

Auf diese Decken gewähre ich statt 3% 5% Skonto bei Entnahme von 10 Pfund. Auf anderen Tabake billigt, von 5 M. an, 3% Skonto.

Alle Tabake brennen schnell, sind leicht und ergiebig.

P. Zimmer, Bremen

Bulthaupstrasse.

Verlangen Sie kostenlos die
SOEDEN ERSCHIENENE
LISTE 24

Übersichtliche Bedarfsartikel

Ernst Wägener • Bremen

Beim steinernen Kreuz 10

Fernruf 6990

Billigste Bezugsquelle für Rohtabake

Kamerun-Decken: M. 10.— bis M. 3.— pro Pfnd

DCM-Decker: M. 3,20, 3,50, 4.—, 5.— pro Pfnd

Sumatra-Kultur: M. 4,80, M. 5,20, M. 6.— pro Pfnd

Umblatt und Einlagen aller Tabake stets vorrätig.

Verlangen Sie unbedingt sofort Preisliste.

